

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6498  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungskarte Nr. 3168

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 16000 Exemplaren.

## Inhalt.

Schutz gegen ungerechte Entlassungen der Arbeiter. — Der Liberalismus und Beamte und Arbeiter in öffentlichen Dienste. — Die deutschen Stadtgemeinden als Arbeitgeber. — Mißstände bei der städtischen Patrimonialverwaltung in Stuttgart. — Wissen ist Macht. — Zu den Forderungen der Arbeiter der städtischen Gasanstalten in Darmen und Elberfeld. — Aus dem Bereiche der Barmer Kanalbau- und Bauhofs-Verwaltung. — Weihnachtsgratifikationen. — Aus unserer Bewegung. — Aus den Stadtparlamenten. — Verbandssteil — Anzeigen.

## Schutz gegen ungerechte Entlassungen der Arbeiter.

Unsere Kollegen in Leipzig forderten kürzlich die Arbeiterausschüsse auf, für Schaffung einer Berufungsinstanz in Entlassungsangelegenheiten zu sorgen. Dies ist eine der vielen ungelösten Fragen und wenn wir es recht überlegen, sogar eine der allerwichtigsten, die uns beschäftigen. Es giebt viele Leute, die die Unsicherheit der Arbeiterexistenz als ganz selbstverständlich und natürlich halten und da meinen, daß, etwa wie der Spaziergänger den ihn überraschenden Regen als etwas Unangenehmes in den Kauf nimmt, der Arbeiter mit Entlassungen rechnen muß. Wir sind der Meinung, daß in einer geordneten Gesellschaft das Recht auf Arbeit, oder richtiger das Recht auf Existenz, ohne weiteres anerkannt werden soll. Unsere heutige Gesellschaft ist noch sehr unvollkommen organisiert, das wissen wir alle, und darum erkennt sie das Recht des Arbeiters, wie überhaupt des Proletariats auf Existenz nicht an.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß mit dem Fortschreiten der Sozialisierung der Gesellschaft bessere und sichere Garantien für die Existenz jedes Einzelnen gewonnen werden. Im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht werden und müssen Volksrechte immer weiter reifen. Ohne Volksrechte gibt es keine wirkliche Wehrpflicht. Dies zeigen im gegenwärtigen japanischen Kriege recht deutlich die Revolten der russischen Reservisten, die sich nicht als Opfer des korrumpierten Japans nach der großen Schlachtbank im fernem Osten schleppen lassen wollen. Das zeigt weiter so recht die drohende Revolution in Rußland, dem geheiligten Lande des Absolutismus und der Volksknechtung.

Wahlrecht, Koalitionsrecht und das Recht auf Existenz sind nun einmal die absolut notwendigen Gegenleistungen der Wehr- und Steuerpflicht.

Unermüdlige millionenfältige Organisationsarbeit ist darauf gerichtet, die Existenzgrundlagen der Arbeiter zu schaffen und zu sichern, und darum bekämpfen wir unerbittlich die Zustände, die es gestatten, daß mit der Arbeiterexistenz Schindluder gespielt wird.

Allerdings kann man vielfach die Beobachtung machen, daß in sogenannten sicheren Verhältnissen lebende Menschen anfangen, dickfellig und gleichgültig zu werden gegen die großen Fragen und Kämpfe der Menschheit und sich den Teufel um Kulturfortschritt scheren. Wir denken an viele Beamte und ständige Arbeiter in öffentlichen Diensten und Bismarck reichte bekanntlich selbst die Minister in die Klasse der Dickhäuter ein.

Was in Arbeiterkreisen hin und wieder der W. L. auf tauchte, daß es nicht sehr vorteilhaft sei, solche „gesicherte Existenzen“ zu züchten, weder in Staat, noch Gesellschaft, so ließ sich das in Anbetracht so mancher betrüblichen Erscheinungen schon erklären, wenn man die Unhaltbarkeit solcher Meinungen auch unschwer einsehen konnte.

Die organisierten deutschen Staats- und Gemeindearbeiter fordern auf Grund ihres Programmes eine gesicherte Existenz. Sie sagen sich, daß es keinen Unterschied ausmachen kann, ob sie als Beamte oder als Arbeiter der Allgemeinheit ihre Arbeitskraft opfern. Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein. Recht merkwürdig nimmt es sich da nun aus, wenn viele Beamte erfahrungsgemäß Arbeiter fortgesetzt brutalisieren, indem sie sie wegen Nichtigkeiten, oder weil sie ihr persönliches Mißfallen erregen, aufs Pflaster setzen. Gegen Arbeiterentlassungen, die sich aus natürlichen Betriebseinschränkungen ergeben, wollen wir uns hier nicht wenden. In diesen Fällen muß der Hebel von einer anderen Seite angelegt werden. Wir reden von den vielen, täglich sich wiederholenden Entlassungen, von denen wir behaupten, daß sie ungerecht fertig erscheinen. Wie oft wird nicht der Vordurf erhoben, der und der Arbeiter ist, nachdem er bereits länger als zehn Jahre der Stadt oder dem Staate diente, nur deshalb entlassen worden, um nicht in die Lage zu kommen, als Invalide Ansprüche auf Ruhegehalt zu erheben. Wenn in vielen Fällen höhere und unabhängige Instanzen wohl die Abweisung der Ansprüche auf Ruhegehalt nachprüfen sich vorbehalten haben, so gibt es aber noch keine Instanz, die die Berechtigung der Entlassungen nachprüft. Dagegen wehren sich die Verwaltungsorgane mit allen Kräften. In der Tat werden durch solche „rechtzeitige“ Entlassungen manche Arbeiter um ihre wohlverordneten Ansprüche gebracht und zwar von Rechts wegen. Ebenso oft kann man die Taktik beobachten, daß Arbeiter, nachdem sie in höhere Lohnklassen einrückten, von kleingeistigen Verwaltungspolitikern aus „Sparmaßnahmerückichten“ nach und nach ab-

geschoben werden. Je „rationeller“ der Betrieb in Punkte Lohnausgaben arbeitet, desto größer ist die Anerkennung. Manche Betriebsleiter können, so paradox dies auch klingt, keine alten und erfahrenen Arbeiter unter sich sehen, weil sie mit diesen nicht nach Belieben schalten und walten können, und um ihre herrischen Launen besser austoben lassen zu können, stoßen sie ältere Arbeiter mit großer Vorliebe ab. Sodann denken wir an die vielen Entlassungen, die infolge Krankheiten vorkommen. Gesundheitschädigende und Kräfte raubende Betriebe, wie Gaswerke, Straßenreinigung, Verbrennung usw. stellen krank gewesene Arbeiter, die zu schwach geworden sind zu ihrer früheren Arbeit, einfach nicht wieder ein, und die Stadt überläßt diese Invaliden, da sie entlassen sind und noch nicht zehn Jahre im Dienste standen, einfach ihrem Schicksal. Eingaben um leichtere Arbeit werden nicht berücksichtigt. Städte, wie Hamburg, Bremen u. a., die noch keinen Ruhelohn gewähren, haben dabei den Vorteil, sich überhaupt nicht weiter den Kopf zu zerbrechen. Wieviel Entlassungen sind ferner auf das Konto der Schifane zu setzen? Wieviel Entlassungen erfolgen nicht, wo eine Ermahnung oder Warnung vollkommen genügt hätte. Die Entlassung wird als das gangbarste und leichteste Disziplinarittel angesehen und noch vor wenigen Wochen wurde in der Hamburger Bürgerschaft beispielsweise die Einführung des Ruhelohnes von rückständigen Elementen mit dem Hinweis bekämpft, daß es dann nicht so leicht sei, Entlassungen in das Belieben der einzelnen Vorgesetzten zu stellen, und das Staatsinteresse gebiete gerade eine jederzeit leichte Abhiebung der Arbeiter. Man wende nur solche Grundsätze einmal auf die Beamten aller Grade an!

Staats- und Gemeindebetriebe sollen Mutterbetriebe sein und wenn sie es noch nicht sind, so sollen sie es werden. Das ist unsere Parole. Deshalb fordern wir, daß Staat und Gemeinde das Recht ihrer Arbeiter auf Existenz anerkennen. Dazu gehört in erster Linie, daß die endgültige Entlassung der Staats- und Gemeindearbeiter nach einer gewissen Dienstzeit, sagen wir nach ein- oder zwei Dienstjahren niemals von einem einzigen Beamten verfügt werden darf. Ferner müssen unabhängige Berufungsinstanzen geschaffen werden, in die auch die Arbeiter ihre freigewählten Vertreter zu entsenden haben, bei denen Entlassene ihr Recht suchen und verfolgen können. Diese Instanzen müssen in diesen Fällen eine höhere Gewalt über die Stelle haben, welche die Entlassung verfügte. Heute liegen die Dinge für den Staats- und Gemeindearbeiter zu ungünstig. Will er sich über die ihm widerfahrene Entlassung beschweren, so hat er dazu zunächst meistens keine Gelegenheit. Hat er die Beschwerdemöglichkeit, so nützt sie ihm nichts. Denn die Berufungsinstanz ist der höhere Vorgesetzte und ist meistens voreingenommen und befangen.

In den meisten Fällen besteht die „objektive Prüfung“ einer Beschwerde in der Einforderung des Berichtes des betreffenden Vorgesetzten und dieser Bericht ist allemal maßgebend. Daß der Vorgesetzte in seinem Bericht seine eigene Partei vertritt, ist ja menschlich. Den Beschwerdeführer hingegen hört man nicht einmal an. Das ist ungebührlich. Nach einem Zeitraum von einigen Monaten erhält er den Bescheid, daß er mit seiner Beschwerde abge wiesen werden mußte und daß die Entlassung zu Recht erfolgt sei. Manchmal würdigt man ihn nicht einmal einer Antwort. Diesem rechtlosen Zustande muß ein Ende bereitet werden und auf der ganzen Linie wird der Kampf für das neue Recht zu führen sein.

Natürlich geht das nicht ohne starke Organisation und rege Beteiligung am öffentlichen Leben. Jeder stollege handele nun danach!

## Der Liberalismus und Beamte und Arbeiter im öffentlichen Dienste.

Der „Marlsruher Volksfreund“ schreibt: Unsere badischen Nationalliberalen gerieren sich gegenwärtig als sehr freiheitlich gesinnte Leute. Daß sie es nicht sind, ebenso wenig wie die Ultramontanen, bedarf keiner besonderen Beweise. Am „liberalen“ Mutterland Baden, wo nach der Verfassung alle Bürger vor dem Gesetz gleich sind, existiert heute noch, trotz einer beinahe 40jährigen „liberalen“ Ära, ein Zustand, der dem Liberalismus Hohn spricht. Mein Staatsbeamter kann sich öffentlich als Sozialdemokrat bezeichnen. Die Nationalliberalen erklären diesen Zustand für durchaus berechtigt und begründen ihn damit, daß in einem monarchischen Staate ein Sozialdemokrat nicht Staatsbeamter sein könne. Das ist eine konservativ-feudale, aber keineswegs liberale Auffassung. Es giebt in Europa kein monarchisches Land außer Rußland, Oesterreich, Deutschland und den kulturell rückständigen Balkanstaaten, in welchen ein solcher Grundsatz maßgebend ist. In England befinden sich Sozialdemokraten in den öffentlichen Ämtern bis hinauf in die Ministerien. England ist ein Königreich, allerdings eines obere die feudalen Heberrechte, die das monarchische Deutschland durch die Schuld seines feigen „liberalen“ Bürgertums noch mit sich herum schleppt. In Schweden und in Dänemark können Sozialdemokraten öffentliche Ämter bekleiden. Der zweite Bürgermeister der dänischen Residenz ist Sozialdemokrat. In Belgien und in Italien giebt es eine große Anzahl sozialdemokratischer Staatsbeamter. In Italien hätte der Republikaner und Sozialdemokrat Turati Minister werden können, wenn er gewollt hätte. Warum kann in Deutschland ein Sozialdemokrat kein öffentliches Amt bekleiden, nicht Staatsbeamter sein? Einfach deshalb, weil in Deutschland das Prinzip der politischen Freiheit bis heute noch nicht anerkannt wird. In keinem Lande herrscht deshalb auch eine so widerwärtige, elbaste Byzantinerei, wie in Deutschland. Wir haben genug sozialdemokratische Staatsbeamte, aber sie müssen ihre Meinung verheugen. In Deutschland muß man „Gehimmelsstichtigkeit“ heucheln, wenn man im Staatsdienst bleiben will. Und dieser infame, kulturwidrige Zustand findet in unseren Nationalliberalen bereite Verteidigung, auch in Baden.

Aber nicht nur in bezug auf die politische Freiheit sind die Nationalliberalen reaktionär. Wo sie die Macht haben, anerkennen sie nicht einmal die vom Gesetz gewährleisteten Freiheiten.

In der Marlsruher Verein-Versammlung hat Genosse Kolb auf die hier schon wiederholt behandelte Tatsache hingewiesen, daß der nationalliberale Marlsruher Stadtrat nicht einmal das Koalitionsrecht für die hädlichen Arbeiter anerkennt. Man stampelt dort die Organisation der Gemeindearbeiter einfach zu einer politisch sozialdemokratischen, und erklärt, eine solche Organisation könne man nicht dulden. Es ist zwar bezeichnend und nicht widerlegt worden, daß die Organisation der Gemeindearbeiter eine rein gewerkschaftliche, zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Gemeindearbeiter verweise. Aber Recht geht vor Recht, und die Nationalliberalen „alten“ Stalibers haben auf dem Marlsruher Rathaus die Macht, die Arbeiter haben „nur“ das Recht auf ihrer Seite.

Genosse Verein hat mit Zug darauf hingewiesen, daß selbst dann, wenn die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter sozialdemokratische wären, die Stadtverwaltung nicht das Recht habe, den Arbeitern den Zutritt zu solchen Organisationen zu verbieten, inwiefern es niemanden etwas angeht, was der Staatsbürger außerhalb seines Dienstes zur Wahrung seiner wirtschaftlichen und politischen Interessen tut. Erfüllt der Arbeiter seine Pflicht, und läßt er sich nichts zu schulden kommen, was mit seinen Dienstpflichten im Widerspruch steht, so kann er im übrigen als Staatsbürger tun und lassen was er will, insofern die Vertretung der politischen Heberzeugung oder die Vertretung seiner wirtschaftlichen Interessen in Betracht kommt. Das ist durchaus keine sozialdemokratische, sondern eine liberale Auffassung.

Der Standpunkt des Marlsruher Stadtrats ist ein konservativ-feudaler Standpunkt, der das freie Verfügungsrecht des Arbeiters über sich selbst nicht anerkennt. Der sogenannte patriarchalische Geist, der in gewissen Maßnahmen des Marlsruher Stadtrats zum Ausdruck kommt, ist der Geist der Unfreiheit, ein durch und durch reaktionärer Geist.

Ein „Liberalismus“ solcher Art ist unter Umständen noch viel schmerzlicher, als die offene, ehrliche Reaktion. Jedenfalls aber haben die sozialdemokratischen Arbeiter gar kein Interesse, diesem forumpierenden Liberalismus mit seinen feudalen, reaktionären Ansichten über die Rechte und Freiheiten der Arbeiter und Staatsbürger, die Millionen aus dem Lande heben zu helfen. So, wie der „Liberalismus“ des Marlsruher Stadtrats, ist der Nationalliberalismus überhaupt. Wenn er da und dort allerdings noch etwas anderes erriert, so nur, weil ihm die Not dazu zwingt und weil er glaubt, durch seine Heuchelei sozialdemokratische Stimmen gewinnen zu können, wo er sie sehr notwendig braucht. Mag dieser Feinde Liberalismus ruhig zugrunde gehen. Je eher, um so besser.

### Die deutschen Stadtgemeinden als Arbeitgeber.

Die Herausbildung der größeren Städte ist bei uns in Deutschland erst im vergangenen Jahrhundert vor sich gegangen. Sie fiel zusammen mit der Ausbreitung unserer modernen Großindustrie und des gewaltig gesteigerten Verkehrs. Am Anfang des vorigen Jahrhunderts hatten wir in Deutschland erst 2 Städte — Berlin und Hamburg — mit mehr als 100 000 Einwohnern; 1900 dagegen bereits 33 Städte mit einer Einwohnerzahl von über 100 000. Aber auch die Zahl der Mittelstädte ist bedeutend gestiegen; 1900 besaßen wir bereits 41 Orte mit 50 000 bis 100 000 Einwohnern. Mit dieser gewaltigen Entwicklung des Städtebaus haben auch die Städte in ihrer Eigenkraft als Arbeitgeber ganz bedeutend zugenommen. Die Städteverwaltungen gehören heute zu den größten Arbeitgebern; wohl an 80 000 Arbeiter werden gegenwärtig in den städtischen Betrieben beschäftigt. Früher war das nicht der Fall, da es größere städtische Betriebe überhaupt nicht gab. Soweit damals von Seiten der Stadtgemeinden Arbeiter beschäftigt wurden, handelte es sich meistens um invalide Leute, die die Stadt mit leichten Arbeiten beschäftigte, um den Armenetat zu entlasten; ein Zustand, von dem heute noch in diversen mittleren und namentlich Kleinstädten Ueberbleibsel vorhanden sind. Die heutigen städtischen Betriebe wie Gas-, Wasser-, Elektrizitäts-, Kanalisationswerke, Straßenbahnen, Schlacht- und Viehhöfe, Krankenanstalten, Garten- und Parkanlagen usw. sind selbst erst Kinder der Neuzeit, indem diverse Betriebe erst durch die Anbahnung großer Menschenmengen an bestimmten Punkten notwendig wurden. Diese bedeutenden Betriebe liegen sich auch nicht mit Almosenempfängern aufrecht erhalten, sondern vollwertige Arbeitskräfte mußten herangezogen werden. So wuchs denn immer mehr die Bedeutung der Gemeinden als Arbeitgeber, und sie wird zweifelsohne in Zukunft noch mehr wachsen. Infolge dem führen wir die einzelnen Städte mit über 50 000 Einwohnern auf und die Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeiter, soweit uns die fraglichen Zahlen zur Verfügung stehen:

Naben	598	Nassau	814
Altona	569	Nienburg	408
Augsburg	387	Nürnberg	3 499
Barmen	659	Nürnberg	1 379
Berlin	13 000	Nürnberg	?
Breiden	?	Nürnberg	821
Bielefeld	?	Nürnberg	1 805
Bodum	400	Nürnberg	200
Bonn	?	Nürnberg	?
Bromberg	?	Nürnberg	?
Braunschweig	376	Nürnberg	1 025
Bremen	1 123	Nürnberg	1 218
Breslau	1 883	Nürnberg	632
Charlottenburg	344	Nürnberg	1 119
Chemnitz	791	Nürnberg	105
Danzig	402	Nürnberg	289
Darmstadt	484	Nürnberg	3 271
Deßau	?	Nürnberg	116
Dortmund	628	Nürnberg	326
Dresden	3 631	Nürnberg	1 519
Düsseldorf	1 667	Nürnberg	?
Duisburg	691	Nürnberg	?
Eberfeld	550	Nürnberg	429
Elbing	?	Nürnberg	398
Erfurt	342	Nürnberg	182
Essen	225	Nürnberg	?
Frankfurt a. M.	3 317	Nürnberg	?
Frankfurt a. O.	46	Nürnberg	?
Freiburg i. B.	419	Nürnberg	600
Güth	254	Nürnberg	74
Görlitz	282	Nürnberg	1 107
Gleiwitz	?	Nürnberg	512
Hagen i. B.	?	Nürnberg	1 166
Halle	439	Nürnberg	673
Hamburg	10 000	Nürnberg	379
Hannover	778	Nürnberg	325
Harzruhe	736	Nürnberg	?

Die obigen Zahlen machen nicht Anspruch auf absolute Richtigkeit; einmal schwankt in einigen städtischen Betrieben die Zahl der Beschäftigten, und andererseits haben einige Städte in ihren Publikationen nur die Zahl der „ständig“ beschäftigten Arbeiter angegeben.

### Mißstände bei der städtischen Latrinerverwaltung in Stuttgart.

Da seitens des Stadtdirektors hiesigen durchaus keine Gewalt über die in dieser Stelle besprochenen Verhältnisse grundlich zu untersuchen, so sind die darunter leidenden Arbeiter genötigt, sich wieder einmal in die Öffentlichkeit zu wenden.

Durch die oftmals allzu lehrstuhlmäßige Schwärzung des Inhalts der Latrinenaufgaben haben sich schon öfter die Arbeiter gezwungen, zu pro-

testieren, um nicht selbst in den Verdacht zu kommen, daß durch ihre Verschulden ein Hausbesitzer zugunsten eines anderen stärker zur Zahlung von Gebühren herangezogen wird. Anlässlich einer Beschwerde vor dem hiesigen Schöffengericht wurden derartige Fälle auch gerichtlich festgestellt. Im August d. J. gab es wieder bei einer dem Aufseher Wiedmann unterstellten Maschine einen Mangel. Die Arbeiter behaupteten, daß ein Nagel nur zur Hälfte gefüllt sei, während der Aufseher 7/8 ansah. Die Arbeiter gaben sich damit nicht zufrieden; sie stellten fest, daß ihre Schätzung die richtige war. Nachdem der Oberaufseher von der Sachlage unterrichtet war, gab es zwar keine Untersuchung der Angelegenheit, aber — man versetzte die Arbeiter sämtlicher elf Maschinen und gab dabei zugleich bekannt, daß künftig alle 3 Monate mit den Maschinen gewechselt würde. Der einzige Zweck, der erreicht wurde, war der, daß die Arbeiter künftighin den Aufsehern und Maschinenisten nicht mehr wie bisher in die Karten sehen konnten. Ob dabei die Interessen des Betriebs und die der Steuerzahler gewahrt sind, ist eine andere Frage. Speziell in den alten Stadtteilen hören seitdem die Klagen und Beschwerden der Bürgerschaft über unregelmäßige Handhabung der Geschäfte wie auch über zu Unrecht erfolgte Ausfüllung der Coupons nicht auf. In der Altstadt gehört eben eine ziemliche Lokalität dazu, um die vielen Gruben zu finden, die oftmals nicht nur in außerordentlich engen Winkeln, sondern sogar treppenhoch in den Häusern sich befinden. Ist ein Arbeiter nun halbwegs orientiert, so geht das Versehen wieder los. Auf die Erlaubnis der Aufseher wie auch der Maschinenisten sich zu verlassen, geht nicht an, da in neun von zehn Fällen dieselben zuerst die Arbeiter um Rat fragen müssen. Wenn man wenigstens bei dem Wechsel der Maschinen ein klein wenig den Wohnort des Arbeiters berücksichtigt hätte, damit es den einzelnen möglich wäre, ihr Mittagessen zu Hause einzunehmen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Die in Besatz wohnhaften und beschäftigten Arbeiter z. B. werden nach dem Stodach usw. dirigiert. Die materiellen Opfer, die dadurch dem einzelnen Arbeiter auferlegt sind, kümmern den Inspektor Vöble nicht; er selber hat ja sein reichliches Auskommen.

Geradezu widerlich ist auch das von den Aufsehern und Maschinenisten (vulgo Unteraufsehern) geübte Demütigungsverhalten. Meldung folgt auf Meldung wegen jeder Bagatelle. Hat der Arbeiter vom Frühstud oder Mittagessen noch ein Stückchen Brot in der Munde, flugs wird Meldung gemacht und der Missetäter zu 1,50 M. Strafe verurteilt. Aufseher und Maschinenisten dürfen ungeniert rauchen, trotzdem dieselben nicht im entferntesten den ekel-erregenden Dunst wie die Arbeiter einatmen haben. Muß ein Arbeiter austreten und ist derselbe, um den Abortschlüssel zu erhalten, genötigt, im Wirtshaus ein Glas Bier oder ein Glaschen Schnaps zu trinken, so erteilt ihm das gleiche Schicksal. Wenn aber der Aufseher Feinamer während des Dienstes mit Freunden einige Gläschen Wein trinkt, dann ist dies natürlich etwas anderes. Zu was überhaupt der Hausen Aufseher bei den Maschinen nötig ist, das weiß kein Mensch zu erklären; so viel sieht man, daß zur Bewältigung ihrer Arbeit die Hälfte der Aufseher vollständig genügen würde; dann bliebe wenigstens für das überflüssige Schikanieren nicht so viel Zeit übrig. Ist es nicht geradezu komisch, wenn man von der inneren Stadt Käser auf die Unterpantelle in der äußeren Möhringerstraße fährt, dort dann wieder andere Pferde vorpannt und zum Westbahnhof zurückfährt? So wird mit dem Gelde der Steuerzahler gewirtschaftet. Für die Arbeiter aber ist jeder Groschen zu viel. Auch hand durch die ewigen Vernehmungen auf dem Bureau schon unmadee Paar Pferde hundentlang müßig, während einer Bagatelle halber die Bedienungsmannschaft ein peinliches Verhör vor dem Untersuchungsrichter, dem Inspektor Vöble, zu bestehen hatte. Eine derartige Einrichtung, wie sie in dieser Beziehung gerade dort anzutreffen ist, findet man in keinem einzigen Betrieb mehr. Man hat natürlich auch zu solchen Feiten nicht überall den richtigen Mann. Würde sich der Inspektor etwas mehr persönlich um die Verhältnisse des Betriebes kümmern, so wäre ein erträglicheres Verhältnis eher zu ermöglichen, aber halbe, ja ganze Jahre lang sieht kein Arbeiter den Inspektor, außer im Wagenhof, bei einem Verhör auf dem Bureau oder wenn er abends vergnügt der Heimat zurückfährt. Bei der Latrinerverwaltung passieren überhaut oftmals Dinge, bei denen man sich eines Stoffschüttelns nicht erwehren kann. Einem Arbeiter wurde gehündigt, weil er von seinem Schwereverrecht Gebrauch gemacht hat. Der Betreffende arbeitete in vier Jahren nur bei zwei Aufsehern, die ihm das quantitative Zeugnis ausstellten. Auf das Eingreifen des Arbeiterausschusses und seiner Nebenkollegen mußte zwar verzichtet werden, daß ein Mißgriff geschähe und der Arbeiter weiter zu beschäftigen ist, aber mit Zustimmung des Stadtdirektors hiesigen wird berichtet, daß derselbe als neugewählt zu betrachten sei, also trotz vier Dienstjahren, auf die Bezüge der Bezüge ihm zu verzichten habe. Das heißt man dann bei den bürgerlichen Parteien „soziale Kürzung“.

Ein anderes Bild: Von Seiten der Gesundheitsbehörde bezug der Stadtverwaltung ist die Anordnung getroffen, daß alljährlich jemand der Zimmerer die Schularbeiten gründlich gereinigt werden. Der Aufseher Wiedmann wagt es jedoch keine und läßt nur einige Fragen herauskommen, weil die Arbeiter, welche diese Arbeiten bei Nacht zu machen haben, dabei einen Groschen verdienen. „Die Meile verkaufen das Geld doch bloß“, erklärt Aufseher Wied-



mann, und so bleibt der Kot in der Grube, unbefümmert um die Folgen, welche bei einer etwaigen Epidemie daraus entstehen können. Wie „peinlich“ man in der Auswahl der Funktionäre (Maschinisten usw.) ist, möge folgendes zeigen: Seit verschiedenen Jahren ist ein Mann als Maschinist angestellt, der bei seinem Eintritt schon mit Epilepsie behaftet war. In der Zwischenzeit ist dieser Mann schon des öfteren an der Maschine bewußtlos umgefallen. Nach kurzen Pausen stellt man denselben aber trotzdem immer wieder an den Posten, ganz gleich, was daraus entstehen mag. Ist das nicht unvorwürflich behandelt? Der Mann versteht es eben gut, auf die Arbeiter aufzupassen und Meldungen zu machen.

Der dem Inspektor Vöble in der „Schw. Tagwacht“ schon einmal gemachte Vorwurf, daß er die Maschinisten gegen die Arbeiter scharf made, wurde von Vöble abgeleugnet und auch seitens der Maschinisten, bis auf einen einzigen, diese Ableugnung bestätigt. Nunmehr wird aber von dem Maschinisten Volkmann der erhobene Vorwurf dadurch zugegeben, daß derselbe erklärte: „Diese (die Arbeiter) können machen, was sie wollen, wir haben ja eine gute Sinterhut.“

Wir sind nun neugierig, ob angesichts derartiger Zustände nicht in Vöble dem Gemeinderat die Notwendigkeit und das Bedürfnis nach Errichtung einer gemeinderätlichen Kommission für städtische Arbeiterangelegenheiten einleuchtet. So lange eine solche Einrichtung nicht geschaffen ist, wird es in den städtischen Betrieben keine Ruhe geben, da in der jetzigen Situation die Arbeiter dem Vorgesetzten geradezu wehrlos ausgeliefert sind. Die Arbeiter sind sich bewußt, daß ohne eine strenge Handhabung der notwendigen Bestimmungen eine geordneter Betrieb nicht aufrecht erhalten werden kann. Dabei sollte es aber möglich sein, in dem Arbeiter auch noch den Menschen zu erblicken und ihn dementsprechend zu behandeln.

Karl Altvater.

**Wissen ist Macht.**

**Wichtig für die Verbandskollegen von Berlin und Umgegend.**

Der Mensch kann nie zu viel lernen und wir glauben vielen unserer Verbandskollegen einen großen Dienst zu erweisen, wenn wir sie auf zwei Unternehmungen aufmerksam machen, deren Aufgabe es ist, Wissen und Kenntnisse zu verbreiten.

**Die Freie Hochschule Berlin**

[Generalsekretär Dr. W. Wetthaber, Berlin W. 34, Krosenstr. 16 II] versendet ihr Winterprogramm für die Zeit Januar April 1905. Dem Programm ist folgendes Geleitwort mit auf dem Weg gegeben.

„Frage, die uns, was die wirkliche Eigenart und Größe unseres Zeitalters ausmacht und was es von den früheren Epochen der Menschheitsgeschichte auf das deutlichste unterscheidet, so können wir in der Kürze folgendenmaßen antworten: Die Autoritäten und Dogmen der Vergangenheit sind endlich für immer gefallen; weder Gebräue noch Ader, weder Griechen noch Römer binden fernerhin mit willkürlichen Satzungen unsere eigene Entwicklung. Nicht mehr bliden wir mit schuldigen Augen auf die Vergangenheit zurück, auf das Paradies und auf ein goldenes Zeitalter, sondern mit kräftigen Füßen stehen wir auf der fest gegründeten, dauernden Erde, frohen Mutes richten wir uns in der Gegenwart ein und suchen die Zukunft unseres Geschlechtes selbstherrlich und tapfer zu gestalten.“

Welch eine Fülle des Wissens und der Erkenntnis hat die Menschheit aller Orten im Verlaufe ungezählter Jahrhunderte aufgesammelt, aber wie wenig noch ist dieses Wissen fruchtbar gemacht worden für das praktische Leben, für eine neue gewaltige Reformation auf allen Gebieten menschlicher Betätigung!

Zwar haben wohlmeinende und einmütige Männer versucht, neue Kulturvereine und Organisationen zu schaffen, aber es fehlten noch durchaus die neuen Menschen, mit denen man die neuen Ideale hätte verwirklichen können. Denn eine ungeheure Erziehungsarbeit ist noch erst zu leisten, ehe Bürgertum und Arbeiterstand in fruchtbarer Wechselwirkung und Ergänzung die ganze Fülle des neuen Wissens sich angeeignet haben, um, was als Erkenntnis mit leuchtenden Farben vor unserem geistigen Auge steht, Schritt für Schritt und unaufhaltsam ins wirkliche Leben hinüberzuführen.

Es ist die schöne und wahrhaft lohnende Aufgabe unserer Freien Hochschule, sich mit ganzer Kraft und Liebe an dieser Bildungsarbeit zu beteiligen. Und so haben wir in unserem letzten Programm mit vollem Bewußtsein zurückgeworfen auf die volkserziehende Arbeit, wie sie Bruno Wille in seiner Rede vom Januar 1902 ausführlich dargestellt hat, in der es heißt:

„Die wahre Kultur der Menschheit erhält eine bedeutende Förderung durch eine Volkserziehung, welche in möglichst vielen Familien, in den unteren und mittleren Ständen sowohl wie in den oberen, den Grund legt zu guten Heberlieferungen, zu kulturellen Bedürfnissen und edeln Gewohnheiten, zu einem geistig vornehmen Leben, in das die Kinder hineinwachsen, um später davon nicht mehr losgelassen zu werden. Mit anderen Worten: Etwas wahrhaft Adliges sollte in allen sozialen Schichten Anlaß und Pflege finden. Eine geistige Ventilation, die dauernd frische Luft zuführt, mußte in allen Wohnungen, auch in den Häusern und Mietskasernen eingeatmet werden.“ Und weiter: Mit besonderem Nachdruck aber sollte darauf hingewiesen werden,

daß eine ganze Hälfte unseres Volkes hervorragend zur Volkserziehung berufen ist. Ich meine das weibliche Geschlecht. Mädchen und Frauen für diesen Beruf tüchtig zu machen, gehört zu den schönsten Aufgaben der Freien Hochschule.“ — Und „im Gegensatz zur staatlichen Universität will unsere Freie Hochschule unabhängig sein — unabhängig vom Staate, unabhängig auch von den politischen und religiösen Parteien, keiner anderen Aufsicht untertan, als der Aufsicht auf die ewigen Leitsterne aller geistigen Kultur, auf das Wahre, Schöne und Gute.“

Ganz in Uebereinstimmung mit Bruno Wille hat sich auch Wilhelm Völsche in seinem Sammelband „Winter der Weltstadt“ ausgesprochen, als er zum erstenmal zum Beginn des neuen Jahrhunderts der Wehrus „Freie Universitäten“ erschallen ließ.

Eine echte Volks-Hochschule soll aber nicht durch die verwirrende Fülle der Gegenstände glängen wollen, sondern sie will, wie schon im Herbstprogramm von 1902 sehr richtig gesagt wird, Ordnung in das Einzelwissen der Erwachsenen bringen. „Systematisch zusammenhängende Vortragsreihen aus den Hauptgebieten des menschlichen Wissens in vollständig wissenschaftlicher Form: das ist das Arbeitsfeld der Freien Hochschule.“ In diesem Sinne haben wir auch das neue Programm zusammengestellt und wir hoffen zuversichtlich, daß durch einen regen Ideenaustausch der Herren Dozenten untereinander, durch eine lebendige Wechselwirkung von Dozenten und Hörern, für die wir noch besonders feminarähnliche Organisationen zu schaffen gedenken, vielleicht auch durch einen reicheren Ausbau unseres Zentralvereins, unsere Hochschule eine immer blühendere Entwicklung nehmen wird. Schon jetzt aber gereicht es uns zu ganz besonderer Freude, daß die bedeutenden Ermäßigungen der Hörgebühren, die wir im letzten Quartal zugunsten von Vereinen, Gewerkschaften u. s. f. eintreten ließen, so großen Anklang gefunden haben und wir können die sichere Erwartung hegen, daß die Zahl der Vereine, die mit uns in Verbindung treten, im neuen Quartal noch viel größer werden wird.“

Die Kurse beginnen am Montag den 10. Januar 1905 und nähere Auskunft darüber gibt der folgende Stundenplan:

- Montag: 8<sup>1/2</sup> - 10 Friedrichs-Verderiches Lehrerschule, Aula, **Tamassche**: Moderne volkswirtschaftliche Probleme in allen Mänpfen.
- Dienstag: 7<sup>1/2</sup> - 8<sup>1/2</sup> Charlottenstraße, Aula, **Kirchbach**: Die Worte Jein und die Hauptbegriffe seiner Lehre. 8<sup>1/2</sup> - 9<sup>1/2</sup> Aula, **Koppstein**: Führende deutsche Dichter der Gegenwart.
- Mittwoch: 8<sup>1/2</sup> - 10 Möllnisches Gymnasium, Aula, **Bruno Wille**: Der Geist der Natur. — Idealismus auf naturwissenschaftlicher Grundlage.
- Donnerstag: 8 - 9 Friedrich Verderiches Gymnasium, Aula, **Hirschfeld**: Moderne Probleme der Naturwissenschaft. 9 - 10 Aula, **Elise Perwig, Dr. med.**: Allgemeine Gesundheitslehre. 8<sup>1/2</sup> - 10 Rogeler-Aula (S., Mitterstr. 4-5) **Hohenemser**: Kurze Darstellung der Entwicklung der Tonkunst bis Westhoven.
- Freitag: 8 - 9 Rathaus, Zimmer 109, **Triessmann**: Urgeschichte der Kultur. 9 - 10 Zimmer 109, **Baer**: Himmels- und Weltbild im Wandel der Zeiten. 8 - 10 Charlottenstraße, Aula, **Friedlaender**: Ueber Wesen, Entstehung und Tätigkeit der Kulturen (Januar-Februar). 8 - 10 Aula, **Koeypen**: Die Hauptströmungen der modernen Malerei Deutschlands in Einzeldarstellungen (Februar-März). 7<sup>1/2</sup> - 9<sup>1/2</sup> Reichliche Hochschule, **Roest**: Münd des Vortrages.
- Sonabend: 8-9 Möllnisches Gymnasium, Aula, **Maurenbrecher**: Soziale und politische Wandlungen in Deutschland von der Reformation bis zur französischen Revolution. 9-10 Möllnische Aula, **Steiner**: Schiller. 8-9 Möllnische Gymnasium, Klassenzimmer, **Apel**: Einführung in die höhere Mathematik und ihre Anwendungen. Die Hörgebühren betragen 5 M. bzw. 4 M. für die einfache Vortragsreihe. Zum Beispiel 8. Vortragsreihe: Soziale und politische Wandlungen in Deutschland. Von der Reformation bis zur französischen Revolution (1520-1788); **Dr. Max Maurenbrecher**. Dieser Kursus umfaßt 9 Stunden. Zimmer Sonnabends 8 - 9 Uhr abends. Der Dozent wird behandeln: 1. Soziale Massen und politische Parteien um 1520. — 2. Der soziale Hintergrund der lutherischen Reformation. Der Bauernkrieg. — 3. Die Erstarrung des Luthertums und die Verjüngung des Katholizismus (1530 bis ca. 1600). — 4. Der dreißigjährige Krieg (1618-1648). — 5. Die Entstehung des fürstlichen Absolutismus. — 6. Die deutschen Einzelstaaten gegenüber Ludwig XIV. von Frankreich (1648 bis circa 1713). — 7. Der soziale Hintergrund des „aufgellerten Despotismus“ (die politische Schichtelerei des alten Frey). — 8. Preußen und Österreich, der siebenjährige Krieg (1710-1788). 9. Das deutsche Bürgertum im achtzehnten Jahrhundert.

**Für die Gewerkschaften sind bedeutende Preisermäßigungen** statt. Bei mindestens 20 Teilnehmern aus der Reihe

unserer Berliner Verbandskollegen kostet die Hörerlarte für eine ganze Vortragsreihe

nur 2 Mk.

Wer also von unseren Verbandskollegen willens ist, sich an einem dieser Kurse zu beteiligen, wird gebeten sofort nach Erscheinen dieser Nummer dies auf einer Postkarte dem Ortsbureau (D. Schubert, Berlin, Alte Jakobstr. 145 part.) unter Angabe seiner genauen Adresse und Sektion mitzuteilen.

Ebenfalls versendet der Verein für volkstümliche Kurse von Berliner Hochschullehrern sein Programm für die Monate Januar, Februar und März 1905. Zur Information geben wir folgende tabellarische Uebersicht der Vortragsreihe:

Nr.	Name des Vortragenden	Thema des Vortrages	Vortragsort	Erster Abend	Tag
1.	Prof. Dr. Herrmann	Hans Sachs und seine Zeit	Friedrich Werderisches Gymnasium, Dorotheenstr. 13/14	23. Januar	Vortrags
2.	Privatdozent Dr. Marcuse	Die Himmelskunde in ihrer Bedeutung für das praktische Leben	Theaterraum der alten Urania, Invalidenstr. 67/62	6. Februar	
3.	Prof. Dr. Karl Müller	Ueber die mitbringende Arbeit der Pflanzen	Landwirtschaftl. Hochschule, Invalidenstr. 42	23. Januar	
4.	Prof. Dr. Strebs	Vach und Gandel	Friedrich Werderisches Gymnasium, Dorotheenstr. 13/14	21. Februar	Sonntags
5.	Privatdozent Dr. Aring	Ueber Eisenhüttenkunde	Vergakademie Invalidenstr. 44	24. Januar	
6.	Prof. Dr. Scheibe	Einführung in das Reich der Minerale, Teil II	Vergakademie Invalidenstr. 44	1. Februar	Mittwochs
7.	Privatdozent Forstmeister Kottmeier	Wechselbeziehungen zwischen Großstadt und angrenzendem Waldgebiet (mit Exkursion am Sonntag, den 26. März)	Landwirtschaftl. Hochschule, Invalidenstr. 42	22. Februar	
8.	Privatdozent Lic. Dr. Schüring	Rembrandt, Teil II	Kunstgewerbemuseum, Prinz-Albrechtstr. 7	12. Januar	Sonntags
9.	Privatdozent Dr. Menzer	Grundzüge der Ethik, Teil II	Baraden-Auditorium der Universität	2. Februar	
10.	Prof. Dr. Mosin	Ernährung und Nahrungsmittel	Realgymnasium in Nordorf, Kaiser-Friedrichstr. 210	2. Februar	Freitags
11.	Privatdozent Dr. Guth	Zurletzte, Teil II	Museum für Völkerkunde, Königgräberstr. 120	24. Februar	
12.	Prof. Dr. Strauß	Wie erhalten wir unsere Verdauungs- und Ausscheidungsorgane gesund?	Französisches Gymnasium, Reichstagsufer 6	3. Februar	Sonntags
13.	Prof. Hammerer	Maschinen als Lastträger	Technische Hochschule, Charlottenburg, Berlinerstr. 151	13. Januar	
14.	Dr. Henneberg	Pilze der gärenden, säuernden und faulenden Nahrungstoffe	Landwirtschaftl. Hochschule, Invalidenstr. 42	21. Januar	Sonntags

Die Eintrittskarten kosten 1 Mk. für jeden Kursus. Für Gewerkschaftsmitglieder 60 Pf. Auch in diesem Falle sind Bestellungen an das Ortsbureau per Postkarte unter genauer Angabe der Adresse und Sektion zu machen.

Bestellte Karten müssen auf alle Fälle von den Bestellern bezahlt werden.

Wir hoffen, daß sich viele unserer Mitglieder an den Kursen beteiligen werden.

### Zu den Forderungen der Arbeiter der städtischen Gasanstalten in Barmen und Eiberfeld.

Wie bekannt, haben die Arbeiter der städtischen Gasanstalten in Barmen sowohl wie in Eiberfeld Forderungen gestellt hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitszeit. Aus diesem Anlaß hat die Barmer Verwaltung eine Berechnung aufgemacht, wie hoch die Mehrausgaben steigen würden, wenn die Lohnforderungen bewilligt würden. Nach dieser Berechnung würden die Mehrausgaben in Barmen 88 810 Mk. betragen. Der Hauptanteil davon würde auf die Eisenarbeiter und Vorarbeiter entfallen im Betrage von 54 000 Mk. Dieser Berechnung ist aber zugrunde gelegt, daß bei der für diese Arbeiterkategorie geforderten achtstündigen Schicht keine Mehrleistung eintraten würde, sondern das Arbeiterpersonal dementsprechend vermehrt werden müßte. Wie hoch der Betrag ist, der dafür in der Berechnung eingestellt wurde, ist nicht angegeben. Insofern weist die Aufstellung einen großen Mangel auf. Es gewinnt bald den Anschein, als wenn mit der Einstellung einer möglichst hohen Summe für Mehrausgaben die Stadtverordneten abgeföhrt werden sollten, den Forderungen der Arbeiter zuzustimmen.

Daß aber die Mehrausgaben weit unter der von der Verwaltung aufgestellten Berechnung bleiben werden, geht aus der Umfrage hervor, die von der Verwaltung bei ungefähr gleich großen städtischen Gasanstalten, wo die achtstündige Schicht für die Eisenarbeiter bereits eingeführt ist, veranstaltet wurde. Wir lassen die auf die Umfrage erfolgten Antworten hier folgen:

In Bremen besteht seit 1890 für die Eisenarbeiter, Maschinen- und Messelwärter die achtstündige Arbeitszeit, jeden 1. und 2. Sonntag 12 Stunden Dienst, am 3. Sonntag 24 Stunden frei. Die Leistungen der Arbeiter haben sich nicht erhöht. Vergütung für Wechselsschicht und sonstige Vergütungen werden nicht gewährt. An Löhnen werden gezahlt: Poliere 5,04 Mk., Vorarbeiter 4,64 Mk., Eisenarbeiter und Maschinenwärter 4,24 Mk., Kohlenarbeiter und Messelwärter 3,76 Mk. Die Frage, wie hoch sich die Mehrausgaben gegen früher pro Jahr belaufen, wurde nicht beantwortet.

Krefeld hat seit dem 1. April 1902 für die Bedienungsmannschaften der Zieh- und Lademaschinen die achtstündige Arbeitszeit eingeführt. Die Sonntagsarbeit ist wie in Bremen. Die Leistungen der Arbeiter sind dieselben geblieben, ebenso die Löhne. Vergütung für Wechselsschicht und sonstige besondere Arbeiten wird nicht gewährt. Die durch Einführung des Achtstundentages verursachten Mehrausgaben werden auf circa 1000 Mk. pro Jahr angegeben.

Münch hat seit August 1902 die achtstündige Schicht für die Eisenarbeiter eingeführt. Der Sonntagsdienst ist derselbe wie in Krefeld und Bremen. Die Leistungen der Arbeiter haben sich erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben: Vorarbeiter 4 bis 5 Mk., Eisenarbeiter 3,30 bis 4 Mk. Besondere Vergütungen werden nicht gewährt. Die Frage nach den Mehrausgaben wurde nicht beantwortet.

Mönigsberg hat seit Juli 1902 für die Eisenarbeiter, Maschinen- und Messelwärter und Ammoniakarbeiter den Achtstundentag eingeführt. Jeden 1. und 2. Sonntag 12 Stunden Dienst, jeden 3. Sonntag 24 Stunden frei. Die Leistungen der Arbeiter haben sich erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben. Für die zwölfstündige Wechselsschicht wird 1 1/2 Schichtlohn gezahlt. Die Frage nach den Mehrausgaben wurde nicht beantwortet.

In Mainz besteht seit 13. Juli 1900 für die Eisenhansarbeiter die achtstündige Schicht; Sonntagsdienst wie in Bremen. Die Leistungen der Arbeiter haben sich um 33% Proz. erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben: Vorarbeiter 4,60 Mk., Eisenarbeiter 4,20 bis 4,10 Mk. Für die Wechselsschicht werden 25 Proz. Zuschlag gezahlt. Die Mehrausgabe wird auf 6000 Mk. angegeben.

Offenbach hat seit 28. Juli 1900 die achtstündige Schicht. Am 1. Sonntag 24 Stunden Dienst, am 2. und 3. Sonntag vollständig dienstfrei. Die Leistungen der Arbeiter haben sich nicht erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben: Eisenhansarbeiter 3,80 bis 4,70 Mk. Besondere Vergütungen werden nicht gewährt. Die Mehrausgaben werden auf 11 500 Mk. angegeben.

Chemnitz hat seit 1. Februar 1904 für Eisenhansarbeiter, Maschinen- und Messelwärter den Achtstundentag eingeführt. Sonntagsdienst ist am 1. und 2. Sonntag je 12 Stunden, am 3. Sonntag 11 Stunden frei. Die Leistungen der Arbeiter haben sich um 50 Proz. erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben: 3,70 bis 4,00 Mk. Für die Wechselsschicht werden 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Die Mehrausgaben sind noch nicht festgestellt, sie werden auf 10 Proz. veranschlagt.

Mannheim gewährt seit 15. Mai 1900 für Eisenarbeiter den Achtstundentag. Sonntagsdienst ist jeden 1. und 2. Sonntag je 16 Stunden, am 3. Sonntag 32 Stunden frei. Die Leistungen der Arbeiter haben sich um 50 Proz. erhöht. Die Löhne sind dieselben geblieben: 3,90 bis 4,50 Mk. Besondere Vergütungen werden nicht gewährt. Die Mehrausgaben sind auf 17 000 Mk. pro Jahr angegeben.

Stuttgart hat seit 1. April 1903 für die Eisenarbeiter die achtstündige Schicht eingeführt. Sonntagsdienst ist wie in Bremen. Die Leistungen der Arbeiter sind nicht gestiegen. Die Löhne sind herabgesetzt worden. Für Verarbeiter von 5,01 auf 4,21 Mk., für Eisenarbeiter von 4,80 auf 4,00 Mk. Für die Beschäftigten werden 50 Proz. Zuschlag gewährt.

Interessant sind die Antworten auf die Frage, ob sich aus der Einführung des Achtstundentages Vorteile oder Nachteile ergeben haben.

Bremen antwortete: „Wir sind mit der achtstündigen Arbeitsschicht in jeder Beziehung zufrieden. Ob die Einführung besondere Vorteile oder Nachteile im Gefolge hat, können wir nicht angeben, weil der Zeitpunkt der Einführung zu weit zurückliegt.“

Krefeld schreibt, die Leute sind zufriedengestellt.

Hürth schreibt: „Nachteile haben sich nicht ergeben, die Leute sind leistungsfähiger geworden.“

Königsberg antwortet: „Nachteile haben wir keine. Außer dem Vorteil der Mehrleistung der Arbeiter haben wir wesentlich weniger Krankheiten bemerkt. Wir wissen bezüglich dieser Frage auf die Ausführungen über die Gasanstalt Mainz, die wir dem Protokoll der ersten deutschen Gasarbeiterkonferenz vom 17. bis 18. April 1903 entnehmen. Wir halten die dortigen Ausführungen bezüglich Erkrankungen für durchaus sachlich und besonnen.“ Mainz antwortet kurz mit „Neine“.

Essenbach schreibt: „Nachteile haben sich keine, Vorteile insofern ergeben, als durch die Einführung der Achtstundenschicht die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters relativ gestiegen ist.“

Die Antwort von Chemnitz lautet: „Die Arbeiter sind mit der neuen Einrichtung sehr zufrieden, und haben sich auch bisheran noch keinerlei Nachteile herausgestellt, so daß wir die veränderte Arbeitsleistung nur empfehlen können.“

Mannheim antwortet: „Die Einführung der Achtstundenschicht für die Feuerhausarbeiter hatte weder besondere Vorteile noch Nachteile im Gefolge. Nur der Schichtwechsel vollzieht sich seit Einführung der Achtstundenschicht etwas ruhiger und regelmäßiger, da die Eisenarbeiter seither fast ständig vollzählig zum Arbeitsantritt erscheinen, während früher vielfach mehrere Arbeiter beim Schichtwechsel schliefen und die Meisterleute einprügeln mußten.“

Stuttgart hat die Frage, ob sich Vorteile oder Nachteile aus der Einführung der achtstündigen Schicht ergeben haben, nicht beantwortet.

Mit vorstehenden Antworten der gestragten städtischen Gasanstalten ist der Beweis erbracht, daß sich die Einführung der achtstündigen Schicht durchaus bewährt hat. Besonders wichtig ist, was Königsberg über den Ausgang der Krankheiten seit Einführung der achtstündigen Schicht ausführt. Nach dem Ergebnis der Umfrage der Barmer Verwaltung können die Stadtverordnetenversammlungen von Barmen und Elberfeld einen plausiblen Grund für Verbeibehaltung der bisherigen zehn- bzw. zwölfstündigen Schicht nicht mehr bringen. Wo die achtstündige Schicht eingeführt ist, hat sie sich durch aus bewährt. Nur böser Wille kann den Forderungen der Gasanstaltsarbeiter hinsichtlich des Achtstundentages noch Widerstand entgegensetzen. Die bisher vorgebrachten sachlichen Einwendungen sind durch die Praxis glänzend widerlegt. Es darf daher erwartet werden, daß die Stadtverwaltungen von Barmen und Elberfeld sobald als möglich den Forderungen der Gasanstaltsarbeiter Rechnung tragen.

## Rus dem Bereiche der Barmer Kanalbau- und Bauhofs-Verwaltung.

Auch hier hat sich in jüngster Zeit der Geist der Organisation gezeigt. Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter scheint jedoch einem Teil der städtischen Beamten ein Dorn im Auge zu sein. Das Vergehen der Meister vom Kanalbau und der Affisten vom Bauhof läßt wenigstens darauf schließen. Als nämlich vor kurzem an die Arbeiter dieser Verwaltung Einladungen zu einer Betriebsbesprechung und später auch zu einer Versammlung ergingen und diese Veranstaltungen naturgemäß von einer Anzahl der in Frage kommenden Personen besucht waren, wurden die hier Beschäftigten schleunigst zum Auftreten auf der Sammelstelle befohlen. Innerhalb zehn Tagen in dies wohl dreimal geschehen. Bei diesen Zusammenkünften haben diese Herren dann „ihren“ Leuten regelrechte Standreden gehalten über die „Verderbtheit“ der gewerkschaftlichen Vereinigungen, die Unwesentlichkeit „seltener“ Betriebsbesprechungen und dergleichen ähnliche Dinge. Ueber die Bescheidenheit und den Verlauf der Besprechung zeigten die Vorgesetzten eine besonders gute Orientierung. Es müssen hier also Schmarotzer und Auspaffer ihr unfauberes und von jedem ehr-

baren Menschen verachtete Handwerk geübt haben. Und die auf solche Art erworbene Kenntnis der Dinge haben sich dann die Beamten zunutze gemacht. Sie haben weidlich über die sozialdemokratische Gewerkschaft gewettert und den Aufweisenden den hochwohlwollen Rat erteilt, doch diesen Verband zu meiden; tue man dies jedoch nicht, so gäbe es auch noch Mittel, um den betreffenden Leuten den Unwillen ihrer Vorgesetzten fühlen zu lassen. Bei der Nachprüfung der Arbeit lasse sich ja immer etwas finden, damit derjenige, der wider die Gebote der Obrigkeit handle, aus Lohn und Brot gebracht werde. Die Essenheit, welche in den von dem Kanalmeister Brogatz gebrauchten Worten liegt, ist geradezu berückend. Ebenso freimütig und von despotischen Allüren durchdrängt ist aber gleichfalls die Aeußerung des Herrn Affisten Wäsche. Er erklärte „seinen“ Arbeitern am 13. Dezember d. J., daß sie wohl nach den Verammlungen hingehen könnten, erfahre er es jedoch, dann werde er denjenigen schon genug in den Weg legen. Einer der drei Herren hat sich ja so nebenher noch nach den Wünschen der Arbeiter erkundigt und ihrer Erfüllung seine Bestürzung zugesagt; den bitteren Peigeschmack, den die Arbeiter durch den sonstigen Inhalt der Ansprachen erhalten haben, hat man allerdings nicht beiseite räumen können. Meist komisch wirkt zu dieser Philippika die Tatsache, daß bei sonstigem Zusammentreten der Mannschaften eigenhändig von Vorgesetzten Traktanden verteilt und zum Beitritt ins „Weiße Kreuz“ aufgefordert wird.

Wenn nun, wie hier angekündigt, das Koalitionsrecht der Arbeiter durch die Gewaltigen vom Kanalbau und Bauhof zur Karte gemacht werden soll, so neigt doch zu erwarten, daß die obere Behörde wenigstens dem Vorgehen ihrer Beamten zustimmt. Wir glauben vielmehr, daß diese Willkür- und Gewaltbereitschaft von oben herunter stark eingeschränkt wird, sofern diese Tatsachen nur zur Kenntnis der oberen Instanz gelangen.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir aber gleich einiges über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Arbeiterkategorie sagen. Der Lohn der Kanalmeister und gewöhnlichen Arbeiter beträgt da je nach dem Dienstalter 3,00 bis 3,50 Mk. Das dünkt uns aber für diese Schmutzarbeit zu wenig. Auch der Herr Meister scheint dies einzusehen, denn neuerdings hat er einen jungen ledigen Mann mit 3,20 Mk. Tagelohn bezahlt, während ältere nur 3 Mk. erhalten. Vielleicht löst er selbst uns dieses Rätsel? Auch sollen die Arbeiter, wenn Bedarf vorhanden ist, direkt vom Arbeitsnachweis bezogen werden, dies soll aber nur indirekt geschehen, indem sie vom „angeworbenen“ und dann erst nach der Arbeitsnachweisstelle geholt werden.

Wir hoffen, daß all die hier erörterten Dinge die ordentliche Aufklärung und Abstellung durch die obere Behörde erhalten. Es wäre sehr angebracht, wenn man sich hierüber im Stadtverordnetenkollegium äußern wollte.

## Weihnachtsgratifikationen.

Der Imperial Continental Gas-Affociation Berlin ins Album.

Wenn das Fest der Liebe herannahet, dann wird das Herz des barmherzigen Kapitalisten weicher, und wenn er für seine Familie Geschenke aussucht, dann gedenkt er zuweilen auch seiner Arbeiter. Vielleicht geht er in sich und erinnert sich, daß er das angenehme Leben, seinen Wohlstand, doch nur in erster Linie seinen treuen Arbeitern zu verdanken hat. In einem Anflug von väterlicher Liebe und Wohlwollen beschließt er, auch ihnen eine Weihnachtsgratifikation zu bereiten. Das Jahr war gut und Millionen wert es ihm ab. Doch Zweifel steigen in ihm auf. Er hat treue Arbeiter, die ihm 10, 15, 25, 35 Jahre dienen, werden diese nicht unwillig werden, wenn sie sehen, daß die Kollegen, welche ihm vielleicht nur 9, vielleicht gar nur 5 Jahre dienen, dasselbe Weihnachtsgeschenk wird? Aber sein Gerechtigkeitsgefühl trägt den Sieg davon. Die alten Arbeiter, sie sind würdig, diesen Beweis des Wohlwollens zu empfangen. Neudeutend empfängt jeder Arbeiter, der länger als 10 Jahre der Gesellschaft seine Kräfte gab, an der Kasse die gewaltige Summe von 1,50 Mk. Seine Frau und fünfzig Pfennige als Weihnachtsgratifikation. Und zerschneidet ob dieses Wohlwollens seinen alle Deber und unzufriedenen Elemente, und geloben in Zukunft brave und gehorame Arbeiter zu werden. Für diejenigen unserer lieben Leuten, die geübt durch diese Güte eb. bereit sind, an diesen Segnungen teilzunehmen, zur Nachricht, daß die generöse Firma die „Englische Gasanstalt in Berlin“ ist. Infolge unserer Mitteilung wird wohl der Anbruch von Arbeitern bei der Englischen Gasanstalt ein so jarter werden, daß die Direktion sich ev. genötigt sieht, ihren Arbeitern die Überstunden zu entziehen.

Weihnachtsgratifikationen für Eisenbahnarbeiter. Die Eisenbahnverwaltung Essen gewährte in Rücksicht auf den gesteigerten Verkehr in der Güterbeförderung und den dadurch bedingten größeren Anforderungen an das Arbeiterpersonal, ihren älteren, namentlich den im Rangdienst und auf den Güterböden beschäftigten Arbeitern, sowie den Hilfs-Unterbeamten in größerer Anzahl als Anerkennung für befriedigende Leistungen eines Weih-



nachtsrenumeration im Betrage von 20 Mk. für jeden einzelnen. Die hierfür aufgewendete Summe soll circa 60 000 Mk. betragen.

**Dresden.** An den Arbeitsstätten der ständigen städtischen Arbeiter erfolgte am 15. Dezember 1904 erstmalig nach Einführung der städtischen Arbeitsordnung an die über zehn Jahre und mehr beschäftigten Arbeiter die Uebergabe eines, wie man sagt, namhaften Geldgeschenktes, das nach 10- bis 15jähriger Tätigkeit 30 Mk., 15- bis 20jähriger 40 Mk. und 20- bis 25jähriger Tätigkeit 50 Mk. betrug.

**Prestau.** Seine Gratifikation, wohl aber eine Lohnzulage, an der etwa 1000 Mann beteiligt sind, hat hier unser Verband erzielt. Kurz vor Weihnachten kamen Lohn erhöhungen von 10, 20 und 30 Pf. pro Tag zur Auszahlung.

### Aus unserer Bewegung.

**Barmen.** Hier wurde am Montag, den 12. Dezember d. J., eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshause abgehalten. Vorerst wurde ein beifällig aufgenommenen Vortrag über: „Gesundheitspflege“ gehalten, in welchem der Referent Albin Mohs Leipzig speziell auf die gesundheitschädlichen Folgen der heutigen Arbeits-, Wohnungs-, Ernährungs-, Wasser- und Luftverhältnisse hinwies und ihre Einwirkungen auf die Gesamtbevölkerung erläuterte. Als Besserung der Dinge empfahl er die weite Aufklärung und Organisierung der Volksmassen. — Die beantragte Einführung einer Krankenunterstützung für die Verbandsmitglieder wurde vorläufig verlagert. — Im weiteren ging man auf die Entwicklung des Verbandes am Orte ein und geißelte das Verhalten seiner Widersacher, so der Herren Kanalmeister und des Herrn Bauhofsassistenten. Hervorgehoben wurde gleichfalls die Tätigkeit einiger Herren auf dem Schlachthofe. Ein Nachkollege macht dort besonders in Liebedienerei, verläßt die Arbeiter und hebt gegen die Organisation. Bei seinen Vorgefekten soll er dafür bestimmte Anerkennung finden. Mit dem Appell an die Mitglieder, den Verband zu stärken und in seinem Interesse zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

**Filiale Groß Berlin.** Wir bitten die Kassierer sämtlicher Sektionen die Ausgabe der neuen Sammelbücher (System 2) als Hilfsbücher in den nächsten Tagen zu bewerkstelligen, damit dieselben vom 1. Januar ab geföhrt werden können. Gleichzeitig eruchen wir sämtliche Beitrags-Sammler vom 1. Januar ab die neuen Beitrags-Sammelbücher als Hilfsbücher ständig zu benutzen. Die monatlich an die Ortsleitung abzuliefernden alten Beitrags-Sammelbücher müssen natürlich nach wie vor geföhrt werden.

Ferner bitten wir den heute auf letzter Seite abgedruckten Verammlungs-Kalender für 1905 zu beachten und entsprechend mit den Vorkalendern Vereinbarungen zu treffen.

Die Abrechnung für Dezember hat spätestens bis zum Montag, den 16. Januar zu erfolgen. An diesem Tage ist das Ortsbureau auch abends geöffnet.

Allen Mitgliedern der Filiale Groß-Berlin ein frohst Neujahr! Der Filial-Vorstand.

**Berlin Ia (Gasarbeiter, Danzigerstraße).** Sektions-Versammlung am 13. Dezember 1904. Der Besuch war ein ziemlich guter. Auf der Tagesordnung standen: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Verlesen des Protokolls. 3. Neuwahl des Sektionsvorstandes. 4. Verschiedenes. Nachdem Punkt 1 und 2 erledigt waren, wurde zur Neuwahl des Sektionsvorstandes geschritten. Es wurden einstimmig folgende Kollegen gewählt: Rawotnh, 1. Vorsitzender, Trechopp, 2. Vorsitzender, Klein, 1. Kassierer, Elsholz, 2. Kassierer, Geipel, Schriftführer. Die Wahl der Vertrauensleute wurde nach einstimmigem Beschluß dem Sektionsvorstande überlassen, der alte Vorstand hat die Leitung bis Jahreschluß in den Händen. Darauf wurden die in letzter Zeit vorgekommenen Denunziationen besprochen. Kollege Grodecki wird dieser schlechten Handlungsweise beschuldigt, und er hat selbst zugegeben, den Kollegen Schwöder angezeigt zu haben wegen Verammlungsbesuch. Das war bekanntlich obendrein eine falsche Denunziation. Die Diskussion förderte noch mehrere Denunziationen des Grodecki zutage. Es wurde einstimmig beschlossen, den Ausschuß Grodeckis aus dem Verband zu beantragen.

**Berlin.** Manufaktur-Arbeiter. In der am 10. Dezember 1904 statt besuchten Verammlung wurde über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse beraten. Schon im September d. J. wurde an die Stadtverwaltung eine Petition betr. Besserung der Löhne gerichtet. Die bisherigen Lohnverhältnisse waren, nach der Angabe des Referenten, die folgenden: Anfangslohne 3 Mk. 50 Pf., nach fünfjähriger Beschäftigung 3,75 Mk., nach 8 Jahren 4 Mk. Der Vertrauensmann teute sodann mit, daß die städtische Deputation folgende, in der Petition geforderten Lohnsätze anerkannt hat: Anfangslohn 3,50 Mk., nach 2 Jahren 3,75 Mk., nach 5 Jahren 4 Mk. und nach 8 Jahren 4,25 Mk.

Die Manufaktur-Arbeit ist schwer. In der Stoppensstraße wird ein Kanal gereinigt, wohl das erste Mal, so lange er besteht. Er ist 80 Zentimeter hoch und 70 Zentimeter breit und diente früher zur Aufnahme von Regenwasser, während er jetzt als Abwasserkanal und zur Aufnahme von Abwässerungswasser benutzt wird. Dieser Kanal war früher ein Schmerzkind der Verwaltung, weil infolge Ein-

bruchs des Gewölbes das Straßenspaster sich senkte und häufige Reparaturen nötig waren. Der Kanal wurde oben zugewölbt, während das eingestürzte Mauerwerk darin liegen blieb. Seitdem die Stoppensstraße asphaltiert ist, ist dieser Zustand beseitigt; doch ist der Kanal dreiviertel voll, so daß das Wasser kaum mehr abläuft. Um diesen aufgehäuften Unrat zu beseitigen, sind jetzt Kanalarbeiter dabei, die Reinigung vorzunehmen. Die Temperatur schwaukt in dem Raum zwischen 30 und 35 Grad. Da die Arbeiten in gebückter oder knieender Stellung kaum ausgeführt werden können, müssen die Leute tatsächlich, im Schlamm und Moder liegend, ihre schwere Tätigkeit ausüben. Es ist ein Anblick zum Erbarmen, wenn die Leute aus den Löchern heraustreten, überzogen mit einer Kruste von Schlamm, der weithin die Luft verpestet. Ja, nicht einmal für die nötige Sicherheit der Leute dort unten wird genügend gesorgt. Es ist noch nicht lange her, daß im Betriebe der Verwaltung infolge ungenügender Sicherheit ein Arbeiter durch die Entwicklung giftiger Gase sein Leben mußte. Die Arbeiter verlangen, daß nicht eine Person in jener Gifthöhle auf sich allein angewiesen sei. Muß denn immer wieder der Wunsch ausgesprochen werden, daß bei diesen gefährlichen Arbeiten der praktische Rat der Arbeiter gehört werden soll, weil sie schließlich am besten wissen, wie Leben und Gesundheit geschützt werden können?

**Berlin.** (Sektion IV, Englische Gasanstalten.) Wir machen sämtliche Mitglieder unserer Sektion hierdurch darauf aufmerksam, daß ihre Mitgliedsbücher zwecks Eintragung in die neuen Beitrags-Sammelbücher spätestens zum 7. Januar bei den bisherigen Beitrags-Sammlern abzugeben sind. Da gleichzeitig eine genaue Feststellung der zahlenden Mitglieder vorgenommen werden soll, erwarten wir von allen unseren Mitgliedern die Abgabe ihrer Bücher am nächsten Jahlabend. Die Sektionsleitung.

**Berlin IV.** (Englische Gasanstalten.) Am Mittwoch, den 21. Dezember fand eine leider nur schwach besuchte Versammlung der Gasarbeiter der Anstalt Schöneberg statt. Kollege Schubert hielt einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Politische und gewerkschaftliche Organisation“. Seine Ausführungen spielten in dem Gedanken, daß es sich die Arbeiterschaft nur selbst zuzuschreiben habe, wenn ihre Lage vielfach so traurig sei. Gleichgültigkeit gegenüber den gewerkschaftlichen wie politischen Beziehungen der Arbeiter trage allein die Schuld an den traurigen Verhältnissen, und gerade auch unter den Kollegen der Englischen Gasanstalten sei die Zahl dieser Gleichgültigen eine große. — Eine sehr rege Debatte knüpfte sich an die Mitteilung über den Tod des im Betriebe verunglückten Kollegen Gustav Sternberg. In der Presse wurde der Unglückliche als ein Opfer seiner Unvorsichtigkeit hingestellt. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Der Unfall ist einzig und allein dem Fehlen der Schutzvorrichtung zuzuschreiben. Dieselbe Direktion, die mißliebige Arbeiter wegen der geringsten Fehler entläßt, die die bescheidensten Wünsche der Arbeiter einfach ablehnt, sie hat es unterlassen, für eine rechtzeitige Erneuerung der Schutzvorrichtung Sorge zu tragen, sie allein trägt auch die Schuld an dem frühen Tode eines tüchtigen Arbeiters, eines Familienvaters. „Was Gott tut, das ist wohlgetan“, sang am Tage der Beerdigung der aus den guten Elementen der Gasanstalt zusammengesetzte Gesangsverein. Vielleicht sollte dieses Lied ein Trost für die schuldbeladene Direktion sein. Für die trauernde Witwe und deren Kinder mußte es wie ein Spöhn klingen.

**Berlin.** (Sektion V, Straßenreiniger.) Am Sonntag, den 15. Januar, abends 6<sup>1/2</sup> Uhr pünktlich findet im Gewerkschaftshaus, Saal I, ein Familienabend mit Tanz statt. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen E. Dittmer. 2. Diskussion. Die Mitglieder sind dringend gebeten, ihre Frauen mitzubringen und zahlreich zu erscheinen. Der Sektions-Vorstand.

**Berlin.** Am 17. Dezember hielten die Arbeiter vom Röhrensystem eine Betriebs-Verammlung ab. Es wurde der Arbeiter-Ausschuß beauftragt, auf dem schleunigsten Wege bei der Direktion wegen der außer der Reihe erfolgten Entlassungen vorstellig zu werden. Acht Tage vor Weihnachten wurden Leute entlassen, welche 2<sup>1/2</sup> Jahr und noch länger beschäftigt waren und dagegen bleiben in Beschäftigung Leute, welche kaum 1<sup>1/2</sup> Jahr da sind. Die maßgebenden Bestimmungen besagen dort, daß bei Entlassungen nach der Reihe zu verfahren ist. Bei den ersten Entlassungen 13 Wochen vor Weihnachten haben die meisten noch in den Gasanstalten Arbeit bekommen. Aber da ist jetzt auch kein Mangel mehr. Es wäre wohl für die Direktion nicht schwer gewesen, die zuletzt Entlassenen wenigstens bis nach Weihnachten zu beschäftigen. Auch wurde sehr darüber geflagt, daß, trotz dieser unregelmäßigen Entlassung die Arbeiter im Röhrensystem weiter schlafen. Log aller Ermahnung halten sie es nicht für nötig, sich an der gemeinsamen Arbeit zu beteiligen. Sie bleiben noch immer der Organisation fern, und was die Sammeligkeit anbetrifft, hat sich wieder selbst bei den organisierten Kollegen gezeigt. Es sind zwei Kollegen gestorben, aber infolge ihres Winter Schlafes haben sie die Hinterbliebenen um die Sterbeunterstützung gebracht. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß sie, weil sie die Verbandsbeiträge nicht bezahlten, etwas gefahrt haben. Im Gegenteil, sie haben ihre Familie im tiefsten Elend zurückgelassen. Also Kollegen vom Röhrensystem, schüttelt nun bald eure Würsichtigkeit ab und tretet der Organisation, bei und ihr Organisierten seid

nicht so nachlässig mit dem Bezahlen der Beiträge. Kollegen rafft euch auf und organisiert euch, fangt mit dem Jahre 1905 ein neues, besseres Leben an.

**Berlin.** (Sektion Tege). Mitglieder-Versammlung der Wasserwerksarbeiter am 14. Dezember 1904. Es wurde nur über interne Angelegenheiten gesprochen, was ja eigentlich auch jeden Kollegen interessieren müßte. Aber leider ist das nicht der Fall. Höchstens der vierte Teil der dienstfreien Mitglieder war anwesend. Hauptächlich glänzten die aus der Schicht mit Abwesenheit, die schon so wie so nur eine Versammlung um die andere besuchen können, was immer 10-14 Wochen dauern kann. Da möchte man denn doch die Kollegen fragen: Soll die Interesslosigkeit so weitergehen? Wollen wir eine Gewerkschaft sein? Zum Verband gehören nicht nur die allein, die an der Spitze der Körperschaften stehen, sondern alle Verbandskollegen! Darum ist es eines jeden Verbandskollegen Pflicht, nicht allein zahlendes, sondern auch beratendes Mitglied zu sein. Darum laßt alle Mißtraut bei Seite. Erscheint alle in den Versammlungen, sage ein jeder seine Meinung, dann wird sich schon das Richtige finden, was uns allen zum Wohle dient.

Für die Gasanstaltsarbeiter war am 19. Dezember ebenfalls eine Mitgliederversammlung angesetzt, die sich mit den Entlassungen auf der Gasanstalt beschäftigten sollte. Diese Versammlung konnte gar nicht stattfinden, weil nur einige wenige Kollegen anwesend waren. Aus welchen Gründen die Kollegen von der Versammlung fern geblieben sind, weiß man ja nicht, aber wie man hört, macht es die Angst vor der Entlassung. Ein Kollege traut nämlich dem anderen nicht, was ja von Verbandskollegen sehr bedauerlich ist! Aber gerade diese Versammlung hätte unter allen Umständen besucht werden müssen, dann hätte die Verwaltung wenigstens gesehen, daß sie Männer beschäftigt, mit denen sie nicht machen kann was sie will.

**Schmargendorf-Berlin.** Einen ungewöhnlich starken Besuch hatte die letzte Mitgliederversammlung unserer Sektion, welche sich mit der Unterabteilung des bisherigen Meisters Meyner beschäftigte. Verbandssekretär Dittmer gab eine ausführliche Darstellung des ganzen Falles und wies nach, daß die Unterabteilungen nur dadurch möglich gewesen sind, daß sich Sektions- und Filialleiter in der gleichen Hand befanden. Aber auch einzelne der Beitrags-sammler haben durch ihr mangelhaftes und verspätetes Abrechnen dazu beigetragen, daß man nicht rechtzeitig einschreiten konnte. Da W. bereits eine Ratenzahlung gefordert, möge man ihm bis zum 20. Dezember Frist geben, anderenfalls müßte die Staatsanwaltschaft eingreifen.

Im Sinne des Referenten äußerten sich die Kollegen Gottschalk, Unglaube, Thomas, Gielisch u. a. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung beurteilt auf das schärfste die Unter-schlagung des bisherigen Meisters Meyner und beschließt, bis zum 20. Dezember d. J. zu warten, ob die versprochene Ratenzahlung vor sich geht. Erfolgt diese nicht, so hat unweigerlich der Staats-anwalt einzugreifen. Gleichzeitig erklärt die Versammlung, daß einzelne Unterabteiler durch ihre Unpünktlichkeit dazu beigetragen haben, daß die Sache so lange unentdeckt bleiben konnte.

Die Versammelten verpflichten sich, nach wie vor treu zum Verbands zu halten und kräftig für denselben zu agitieren.

Da es mittlerweile spät geworden war, mußte von dem geplanten Vortrag Abstand genommen werden. Unter Verbandsangelegenheiten beklagte sich das Arbeitsauschmittglied S. a. r. t. e. l über mangelhaftes Vertrauen der Kollegen. Selbst die Verbandsmitglieder seien leider noch immer nicht zum rechten Zusammenhalt zu bekommen. Er werde oftmals ungerechtfertigt angegriffen und müßte sein Amt niederlegen, falls die Versammlung sich nicht darüber ausspreche. Von den verschiedenen Seiten wurde zugegeben, daß ein großer Teil der Kollegen nicht genügend Kameradschaftlichkeit besitze, doch möge der Kollege S. auf seinem Posten bleiben und das Interesse der Kollegen als Ausschmittglied wahrnehmen.

Kollege Dittmer machte darauf diesbezügliche längere Ausführungen über Solidarität und Kameradschaftlichkeit. Die Fortschritte, welche durch die Organisation errungen sind, sind gewiß zahlreich, aber wenn wir Arbeiter neue Ziele und Aufgaben erfüllen wollen, wenn wir unser Los verbessern und die ganze Menschheit befreien wollen, so muß auch der Geist der Einheit Einzug halten, und jeder Verbandskollege muß sich berufen fühlen, nicht nur zahlen des Mitglied zu sein, sondern auch im Geiste der Organisation zu handeln und durch seine Taten beweisen, daß es ihm ernst ist um die Erringung einer menschenwürdigen Existenz. Mit begeistertem Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Frankfurt a. M.** Bei unseren Kollegen dämmert in letzter Zeit in erfreulicher Weise die Erkenntnis, daß, wenn sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern wollen, sie sich nicht auf den guten Willen und die schönen Versprechungen des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung verlassen dürfen, sondern daß sie sich organisieren müssen. Und diese Erkenntnis gewedt zu haben, ist das Verdienst der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, insbesondere des Verbandes der Gemeindegewerkschaften. Aber kaum haben wir etwas Fuß gefaßt unter den städtischen Arbeitern, so kommen die christlichen Gewerkschaften und suchen sich in das Nest hineinzusetzen. Das entspricht ganz der Taktik der christlichen

Gewerkschaften. Nicht aus eigener Kraft suchen sie festen Boden zu gewinnen, sondern sie lassen die freien Gewerkschaften immer erst eine gewisse Pionierarbeit verrichten, um sich dann in das gemachte Bett hineinzulegen. Zu dem Zwecke fand am 6. Dezember 1904 im Rechneisaal eine von den christlichen Gewerkschaften einberufene öffentliche Versammlung für städtische Arbeiter statt. Von den städtischen Arbeitern war freilich kaum ein Duzend erschienen. Aber das hält das „Vollblatt“ nicht ab, von einer stark besuchten Versammlung zu sprechen, weil man nämlich alle christlich organisierten Arbeiter ausboten und in den Rechneisaal dirigiert hatte, um einer Störung durch die freien Gewerkschaften vorzubeugen. Städtische Arbeiter waren, wie gesagt, die wenigsten. Der ultramontane Agitator — auch die Ultramontanen haben jetzt Agitatoren, die von „Arbeitergroßden“ leben — Oswald Schaffenburg hielt einen Vortrag über die „Notwendigkeit der Organisation für die städtischen Arbeiter“. Was der Mann darüber im allgemeinen sagte, kann man ruhig unterschreiben. Herr Oswald beliebte nämlich, mit fremdem Malbe zu pflügen, indem er sich des Materials bediente, das Zielowski in seiner Broschüre über die „Millionärswirtschaft“ in Betreff der Arbeiterfürsorge des Frankfurter Magistrats zusammengetragen hat. Erst zum Schluß kam der ultramontane Teufelschuh zum Vorschein. Da gefiel sich Oswald in den üblichen Schimpereien auf die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Es scheint den Ultramontanen Gewerkschafts-agitatoren Vergnügen zu machen, alle die Verbesserungen, welche für die Arbeiter, besonders auch für die städtischen Arbeiter, erreicht worden sind, auf das Konto der ultramontanen Gewerkschaften zu setzen. Herr Oswald vertiefte sich sogar in der Behauptung, der hier bestehende freie Gemeindegewerkschaften-Verband habe für die städtischen Arbeiter gar nichts getan. Nicht einmal im Stadt-parlament habe sich der Vertreter der „freien Gewerkschaften“ der städtischen Arbeiter angenommen. Tiefe nichtswürdige Behauptung kennzeichnet die Wahrheitsliebe und Agitationsmethode der ultramontanen Arbeiteragitatoren. Mein anderer wie gerade der sozialdemokratische Stadtverordnete Luard hat sich in energischer Weise der städtischen Arbeiter angenommen und ist dabei sogar oftmals von den zwei ultramontanen Stadtverordneten Sender und Müller im Stich gelassen worden. Wenn Oswald Gegenteiliges behauptet, so kennt er entweder die Verhältnisse nicht, oder er lügt willentlich. Nachdem Herr Oswald dann doch das im städtischen Lagerhaus eingeführte Prämienystem scharf kritisiert hatte, äußerte er sich in geschmackloser Weise über die zur gleichen Zeit für städtische Arbeiter im Gewerkschaftshaus einberufene Versammlung. Wenn man von seiten der freien Gewerkschaften, so meinte er, ernsthaft den Willen habe, die Sache der städtischen Arbeiter zu fördern, so wäre nicht diesseits eine zweite Versammlung einberufen, sondern es wäre „gemeinsamlich“ verhandelt worden. Dabei haben bekanntlich gerade die ultramontanen Gewerkschaftler Oswald, Becker, Thomas u. a. das vorige Mal dieses „gemeinsamliche Verhandeln“ gestört und vereitelt. In dieselbe Kerbe hieb der ultramontane Gewerkschafts-agitator Becker; und nach Becker nahm noch Herr Thomas das Wort, um sich des Längeren über das im Lagerhaus eingeführte Prämienystem zu äußern. Dabei berichtete er wiederholt, daß er an der Einführung dieses Prämienystems ganz unschuldig sei. Nicht er, sondern die Hafenkommission habe es eingeführt; er sei ja nur ein simpler Tagelöhner. Ganz richtig! Eingeführt hat Thomas das Prämienystem nicht; aber bei den wiederholten Unterredungen mit der Lagerhausverwaltung hat er es gut geheißsen. Und erst als er sah, daß er dabei schlecht fährt, hat er es bekämpft. So ist der wahre Sachverhalt. Da keine Gewerkschaft in der Versammlung waren, gab's auch keine größere anregende Diskussion. Mit einem Hoch auf die ultramontane Gewerkschaftsbewegung wurde die Versammlung gegen 11 Uhr geschlossen. Sie zeigte wieder, wie die ultramontanen „Arbeiterfreunde“ bestrebt sind, Zersplitterung in die Arbeiterbewegung zu bringen.

Am gleichen Abend fand im Gewerkschaftshaus eine von unserer Seite arrangierte Versammlung städtischer Arbeiter statt, die von etwa 100 Personen besucht war. Im Gegensatz zu der obigen Versammlung waren aber hier wirkliche städtische Arbeiter anwesend. Genosse Zielowski besprach die Bestrebungen der ultramontanen Gewerkschaften, die ihre Hauptaufgabe nicht darin erblicken, die Arbeiterinteressen durch Befämpfung des Kapitals zu fördern, sondern in die Arbeiterreihen Uneinigkeit zu bringen. Da, wo die freien Gewerkschaften getät, jucheten die Christlichen zu ersten. Das zeigte sich deutlich bei der Organisation der städtischen Arbeiter, von der sie ebenfalls versuchten, Mitglieder loszureißen. Wer habe sich denn bisher der städtischen Arbeiter angenommen? Etwa Herr Dr. Sender oder Herr Müller? Oder das „Vollblatt“? Das werde niemand ernstlich behaupten wollen. Nur der Sozialdemokrat Genosse Dr. Luard sei für sie eingetreten. Auf das Schärfe beurteilte der Referent das Prämienystem am städtischen Hafen. Das selbe sei weiter nichts wie eine äußerste Ausnutzung der Arbeitskraft des Arbeiters. Die städtischen Arbeiter hätten alle Ursache, einig zu sein und geschlossen aufzutreten; nur so könnten sie eine Besserung ihrer Lage erzielen. Sie sollten sich an den Lehrern ein Beispiel nehmen und ebenso geschlossen aufzutreten. Das könnten sie am wirt-



famsten, wenn sie sich im Verbands der Gemeinbearbeiter organisierten. — In der Diskussion konstatierten einige Redner, daß der Führer der hiesigen christlichen Gewerkschaften, Thomas, der jetzt das Prämienlohn bekämpfe, mit schuld an der Einführung desselben sei. — Man ging hierauf zum zweiten Punkte der Tagesordnung über, betreffend die Forderungen, welche die städtischen Arbeiter dem Magistrat unterbreitet hatten, und was bis jetzt erreicht worden ist. Genosse Schuevemann, der Vorsitzende, machte die Veranlassung zunächst mit der Eingabe, die er an den Magistrat gerichtet, und in welcher die Löhne, wie sie bei den jetzigen Verhältnissen nötig seien, angegeben waren, bekannt. Auch wurde in derselben eine jährliche Erhöhung der Löhne verlangt, und zwar so, daß der Höchstlohn innerhalb sechs Jahren erreicht würde. Durch diese Forderung sollte erreicht werden, daß nicht mehr so viel städtische Arbeiter dem Armenamt zur Last fielen. Es sei ja auch durch die Eingabe und immerwährendes Tragen eine Lohnerhöhung von 20 Pf. ab 1. Januar erfolgt. Wenn erst einmal die beiden anderen Vertreter der Sozialdemokratie im Stadtparlamente mitarbeiten, würde wohl noch manches gebessert, was man jetzt vergeblich fordere, da die Mehrzahl der Stadtverordneten kein Verständnis für die Lage eines Arbeiters habe.

**Leipzig.** Die hiesigen Kollegen beschäftigten sich in einer am Mittwoch, den 14. Dezember, abgehaltenen und von über 200 Personen besuchten öffentlichen Versammlung mit der Frage der Arbeiterentlassungen. Von den Rednern wurde hierbei betont, daß auch in städtischen Betrieben verschiedene Un gerechtfertigte Entlassungen von Arbeitern vorkämen, da den direkten Vorgesetzten zu viel Gewalt eingeräumt sei. Man nahm deshalb einen Antrag an, worin die Arbeiterausschüsse beauftragt werden, ein Gesuch einzurichten, in dem die Schaffung einer höheren Anstanz für Entlassungen von angeestellten resp. länger als ein Jahr beschäftigten Arbeitern verlangt wird. Diese höhere Anstanz ist als eine unparteiische Körperschaft von Stadtverordneten, Arbeitern und Stadträten gedacht. Hierauf wurde dann die Abredung des 3. Quartals gegeben. Dem bis Schluß des 3. Quartals im Amt gewesenen Vertrauensmann Paul Krauß, L. V., wurde Gedächtniserteilt. — Der seit Anfang Oktober d. J. in Funktion getretene Vertrauensmann Kollege Wih. Schlimper, L. C., wurde, Vornaische Anschließung aus dem Verband beauftragt und beschloßen, gegen ihn Anzeige bei der Staatsanwaltschaft zu erlassen, da er dem Verband rund 350 Mk. veruntreut hat. — Nengewählt wurde zum Vertrauensmann Kollege Wih. Schlimper, L. C., Comewitz, Vornaische Straße 35. Außerdem wurden Revisoren ernannt. — Unter Gewerkschaftlichem kam noch ein Streikunterstützungsgesuch eines früheren Verbandsmittgliedes zur Sprache, welches jedoch, den statistischen Bestimmungen entsprechend, nicht beantwortet werden konnte. Man beschloß jedoch, 25 Mk. als Unterstützung des Streiks der Mühsener Hilfsarbeiter in Lindenan zu bewilligen. — Ferner wurde noch Beschwerte geführt über mangelndes Entgegenkommen seitens des Rates in der Lohnfrage.

**Leipzig.** Die in den städtischen Gasanstalten beschäftigten Arbeiter nahmen in zwei am 20. und 21. Dezember 1904 im „Möburger Hofe“ veranstalteten Versammlungen Stellung zur Behandlung ihrer Forderungen um Aufbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Stadtverordneten-Kollegium. Dazu wurde eine Resolution in beiden Versammlungen angenommen, die durch die Arbeiterausschüsse dem Rate der Stadt übermittelt werden soll und die in der Hauptfäde folgendes enthält: „Die Versammelten erklären die Ausführungen der Vertreter des Stadtrats am 11. Dezember im Stadtverordneten-Kollegium als den Tatsachen nicht entsprechend, da 1. die Arbeiterausschüsse wiederholt an den Stadtrat mit ihren Wünschen herangetreten sind, 2. die effektive tägliche Arbeitszeit nicht nur sechsmal dreiviertel Stunden, sondern viel mehr beträgt, 3. für die Verbeibaltung der Zwölfstundenschicht nur etwa ein Viertel der Arbeiter gestimmt hat und daß auch die Gesundheitsgefährlichkeit des Berufs die aufgestellten Forderungen gerecht erscheinen läßt. Die Versammelten erklären daher die Einführung des Achtstundentages für die Betriebsarbeiter unter Gewährung der geforderten Lohnsätze als erstrebenswert und sie verpflichten sich, nach Kräften hierfür einzutreten. Im Anschluß hieran nahmen die Versammelten die für die Stadtverwaltung Varnen angefertigten Berichte von acht Städten über die Einführung der Achtstundenschicht entgegen. Sie entnahmen daraus, daß die Arbeitsleistung fast durchgängig dabei geliegen, die Krankheitsziffer aber zurückgegangen sei. Endlich wurde noch nach der Verpredung der Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben beschloßen, die Inspektionen zu erjuden, für öftere Sitzungen der Arbeiterausschüsse und für öftere Bericht-erstattung derselben zu sorgen.“

**Magdeburg.** Am 7. Dezember tagte in der „Arone“ eine öffentliche Versammlung aller im städtischen Hafen beschäftigten Arbeiter. Es handelte sich um eine Verpredung der Missetände, die sich am städtischen Hafen seit längerer Zeit ereigneten, und die zu heftigen die Arbeiter alle Missetände haben. Zunächst wurde die Art der Lohnzahlung kritisiert. Statt wie in allen anderen größeren Betrieben die Auszahlung laut Gewerbeordnung während der Arbeitszeit stattfinden zu lassen, müssen hier die Leute eine bis ein-

undeinhalb Stunde warten, bevor sie ihren Lohn erhalten. Ein weiterer Missetand sei der Transport der leeren Säcke zum Getreideausladen vom Speicher F. Wenn letzteres geschehen soll, dann müßten die Arbeiter einen Weg von ein bis einundeinhalb Stunde zurücklegen, ohne daß sie Anspruch erheben dürfen, diese Zeit mit in Anrechnung zu bringen. Da dieser Weg von den Arbeitern sehr oft zweimal pro Tag gemacht werden muß, ist der Schaden natürlich ein empfindlicher. Sämtliche Redner sprachen sich dahin aus, daß diese Missetände abge schafft werden müßten. Bedauert wurde ferner, daß die städtische Hafenverwaltung trotz der mehrfachen Anträge, die beim Einspeichern von Zucker vorgekommen sind, noch keine bessere Beleuchtung angeschafft hat. Es ist vorgekommen, daß drei Arbeiter nur drei bis vier Laternen zur Verfügung gehabt haben. Wenn da die Stapel nicht lotrecht gebaut werden, ist es wahrhaftig kein Wunder. Eine Stadt, die 3000 Mk. für ein Festessen auswirft, sollte auch in ihren Betrieben für eine Beleuchtung sorgen, die eine Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Arbeiter ausschließt. Die Versammlung beauftragte die Ortsverwaltung des Verbandes der Hafenarbeiter Deutschlands, alles zu tun, damit die Missetände bei der städtischen Hafenverwaltung beseitigt werden. Zum Schluß machte Kollege S. auf die im Submissionswege erfolgte Einsparung aufmerksam. Um auch auf diesem Gebiete eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen herbeizuführen, soll eine Versammlung mit den Maurern und Bauarbeitern einberufen werden.

**Mannheim.** Essentielle Versammlung im Lokal „Zum Eichbaum“ am 18. Dezember 1904. T. C.: Stellungnahme zur Änderung der Allgemeinen Arbeitsordnung. Das Referat hatte Stadtverordneten-Vorstand Pfeiffle übernommen, der, vor überfülltem Saale, die Notwendigkeit einer Besserung der Lage der städtischen Arbeiter in eingehender Weise darlegte.

Die Forderungen, welche gestellt werden sollen, bezeichnete Redner als sehr beschiedene im Vergleich mit den Gehaltserhöhungen der hohen Beamten. Die Bereitwilligkeit, mit welcher der Stadtrat sowie der Bürgerausschuß die Gehälter der letzteren bewilligt, schwinde aber, wenn es sich um die sehr aufbesserungsbedürftigen Löhne der städtischen Arbeiter handle. Da aber nicht zu erwarten ist, daß die Verhältnisse bessere werden, so lange noch die Massen der Arbeiter der Organisation fern stehen, sei es im eigenen Interesse der Arbeiter geboten, sich dem Verbands der städtischen Arbeiter anzuschließen, um dadurch den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Der Vorsitzende bemerkte, die von der Lohnkommission vorgeschienen Forderungen seien deshalb so bescheidene, da man nur das wirklich Erreichbare wolle. Zum Beweise führt er mehrere Städte an, wo man das schon längst gewünscht, was von uns gefordert werden soll. In der Diskussion betonte Stadtverordneter Schmitz, daß die letzte Regelung des Lohns von einer starken Organisation unterstützt worden sei; deshalb waren auch damals Erfolge zu verzeichnen. Mit einer schwachen Organisation ohne Wissenschaften und ohne Rückendeckung könne man nur mit gemischten Gefühlen die Forderungen der Arbeiter vertreten. Darum sollten die Arbeiter die persönlichen Stänkereien bei Seite lassen, und statt sich gegenseitig zu bekämpfen, sich zusammenschließen, dann würden die Erfolge nicht ausbleiben. Nach der Diskussion, an welcher sich noch mehrere Kollegen beteiligten, fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ist der Ansicht, daß die Verhältnisse der städtischen Arbeiter dringend einer Besserung bedürften. Als Mittel zu einer durchgreifenden Besserung ihrer Lage betrachtet die Versammlung den Eintritt in den Verband der städtischen Arbeiter, und es verpflichten sich alle Anwesenden, unter ihren Arbeitskollegen dahin zu wirken, daß dieselben bis auf den letzten Mann in den Verband eintreten, damit der Arbeiterausschuß sowohl als die Arbeitervertreter im Bürgerausschuß in der Lage sind, ihre ganze Kraft für die Forderungen der städtischen Arbeiter einzusetzen.“

Nach mehreren Aufnahmen in den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

**Harzburg.** Für unsere hiesigen Kollegen giebt es reichlich Arbeit. Wie wir in nächster Nummer zeigen werden, plant der Magistrat die Gründung einer Pensionskasse für städtische Arbeiter, zu der diese Beiträge leisten sollen. Entsprechend unserem Programm, fordern wir aber Aufheben und Hinterbliebenen-Versicherung durch die Gemeinde. Aufgabe unserer Organisation ist es nunmehr auf den Plan zu treten, und gegen eine derartige Einrichtung mobil zu machen. Darum können unsere nichtorganisierten Kollegen nicht nachdrücklich genug zum Zusammenhalt gemahnt werden.

## Aus den Stadtparlamenten und Verwaltungskollegien.

**Mainz.** In der am 21. Dezember v. J. stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung referierte Stadtv. Dr. Fagenfeder (natl.) namens des juristischen Ausschusses über die Anleihe des § 2 des Ortsstatuts betr. die Fürsorge für städtische Bediensteten und

Arbeiter und deren Hinterbliebenen. Abs. 2 dieses Paragraphen lautet:

Unterbrechungen der Wechseltätigkeit, welche durch militärische Leistungen oder ärztlich bedingte Krankheiten hervorgerufen wurden und im einzelnen die Dauer von drei Monaten nicht übersteigen, bleiben bei Feststellung des in Absatz 1 bezeichneten Zeitraums (10 Jahre) außer Berücksichtigung.

Es ist schon eine Härte, daß zur Gewährung der Zuschüsse eine zehnjährige ununterbrochene Dienstzeit, die zwischen dem 21. und 60. Lebensjahre vollendet werden muß, erforderlich ist, so ist es geradezu eine Grausamkeit, bei dreimonatlicher Krankheit eines Arbeiters dessen Dienstzeit vor derselben überhaupt nicht in Anrechnung zu bringen. Man denke sich: Ein Arbeiter ist neun Jahre und elf Monate in holländischen Diensten. Er wird nun krank und ist außerstande, in den ersten dreizehn Wochen die Arbeit wieder anzunehmen — dann beginnt er wieder von vorn und muß von neuem zehn Jahre holländischer Arbeiter bleiben, um in den Genuß der Arbeiterfürsorge zu gelangen, vorausgesetzt, daß ihn unterdessen das Schicksal nicht wiederum auf das Krankenlager jredt. Und doch: so toll es sein.

Herr Dr. Pagenstecher führt aus: Der Stadtv. Viehmann habe gemeint: wenn ein Arbeiter auch über drei Monate hinaus krank sei, so solle ihm bei seiner Genesung die vor der Unterbrechung liegende Arbeitszeit bei der Maximalzeit mit angedreht werden. Der juristische Aussch. sei einmütig zu der Ansicht gekommen, daß nach jeder Unterbrechung von einer längeren Dauer als drei Monaten die Wartezeit von 10 Jahren von neuem zu beginnen habe. Diese Zeit sei auch in sämtlichen Reichsgesetzen enthalten. Stadtv. Viehmann (Zus.): Er lehne in der Auslegung der Statuten eine große Härte. Wenn ein Arbeiter 9 Jahre bei der Stadt gearbeitet habe, dann vier Monate krank sei und nach dem Verlauf der Krankheit von neuem mit der Wartezeit anfangen müsse, so sei das eine Grausamkeit. Man solle kranke Arbeiter doch nicht dafür bestrafen. Stadtv. Dr. Pagenstecher: Es gebe kein Gesetz, bei dessen Anwendung nicht Härten vorkommen könnten. Hier sei es jedoch nicht so schlimm, da nach § 20 die Stadtverordnetenversammlung das Recht habe, auch in anderen Fällen die Unterbrechung zu erlösen. — Tabelle erklärt Bürgermeister Grottelmann. Stadtv. Viehmann hält mit, daß er bei der nächsten Ortsberatung einen Antrag auf Änderung des § 2 stellen werde. — Darauf wird die Auslegung Dr. Pagenstechers angenommen.

**Verbandsteil.**

**Adressen der Verbandsleitung.**

Geschäftsstelle des Verbands-Vorstandes:

Berlin W. 57, Bülowstr. 21. Telephon: Amt IX, 6188.

Alle Korrespondenzen, die den Verbands-Vorstand betreffen, sind an den geschäftsführenden Vorsitzenden **Dr. Voerrsch**, alle Geldsendungen für die Verbandskasse an den Verbandskassierer **G. Ahmann**, alle Zuschriften für die „Gewerkschaft“ nur an **H. Bürger** zu richten.

Sämtliche Beschwerden gehen zunächst an den Vorsitzenden des Verbandsvorstandes, **Dr. Voerrsch**; gegen die Entscheidungen des Verbandsvorstandes ist Beschwerde bei dem Verbandsausch. Hamburg, Hürter 11, zulässig.

Zweigbureau Stuttgart: Wöhringerstr. 122. Sekretär: C. Altvater.

Zweigbureau Leipzig: Wiesenstr. 25. Sekretär: A. Mohs.

Ortsbureau Berlin: Alte Jakobstr. 145. Sekretär: G. Schubert.

Ortsbureau Hamburg: Hürter 11. Sekretär: G. Schönberg.

Ortsbureau Dresden: Nixenbergerstr. 2. Sekretär: J. Vösch.

**Quittung der Hauptkasse.**

Für das 1. Quartal gingen ein: Beiträge ein: Hamburg 800,00 M., 1. Rate, Leipzig 250,00 M., 2. Rate.

erner gingen im Dezember ein: Mitgliedszahl von 8 in Gb. 6,00 M., zurückgezahlte Anwaltskosten 25,75 M., für Prokuratoren 0,90 M.

Von Einzelmittgliedern:			
Nr. 30171	2,10 M.	Nr. 30181	2,15 M.
Nr. 30185	2,25 M.	Nr. 30190	3,35 M.
Nr. 30194	1,00 M.	Nr. 30196	4,45 M.
Nr. 30200	3,70 M.	Nr. 31120	2,20 M.
Nr. 31184	1,50 M.	Nr. 31141	1,10 M.
Nr. 33198	3,00 M.	Nr. 33169	1,00 M.
Nr. 33130	1,80 M.	Nr. 33135	2,00 M.
Nr. 33149	1,00 M.	Nr. 33151	3,00 M.
Nr. 33261	1,10 M.	Nr. 33168	1,00 M.
Nr. 33201	1,10 M.	Nr. 33220	2,25 M.
Nr. 30162	3,20 M.	Nr. 30183	3,35 M.
Nr. 30192	1,10 M.	Nr. 30198	3,45 M.
Nr. 31158	1,80 M.	Nr. 33106	2,00 M.
Nr. 33111	1,00 M.	Nr. 33148	1,00 M.
Nr. 33159	2,00 M.	Nr. 33172	1,00 M.
Nr. 33162	2,10 M.		

Nr. 33937	2,00 M.	Nr. 33954	3,60 M.	Nr. 33970	1,00 M.
Nr. 33972	3,90 M.	Nr. 33973	4,10 M.	Nr. 33974	4,85 M.
Nr. 33975	3,05 M.	Nr. 33976	1,10 M.	Nr. 33978	4,20 M.
Nr. 33979	5,00 M.	Nr. 33980	0,50 M.	Nr. 33981	1,10 M.
Nr. 33982	2,20 M.	Nr. 33983	3,20 M.	Nr. 33984	3,10 M.
Nr. 33985	0,50 M.	Nr. 33986	0,50 M.	Nr. 33987	2,00 M.
Nr. 33988	3,30 M.	Nr. 33988	1,00 M.	Nr. 35023	2,00 M.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

**Zur gefälligen Kenntnisaahme.**

Am 10. Juli des vergangenen Jahres nahm die Aktive Berlin in einer Mitglie der-Versammlung die Erstwahl für ein ausstehendes Mitglied des Verbands-Vorstandes vor. Am 20. August erhielt darauf der Verbands-Vorstand seitens der Berliner Aktive Mitteilung, daß der Kollege Zenzel in der Versammlung vom 10. Juli als Mitglied des Verbands-Vorstandes gewählt worden sei.

Der Verbands-Vorstand erkannte jedoch die Wahl des Kollegen Zenzel nicht an.

Wegen den genannten Kollegen, der jetzt dem Verbands-Vorstande angehört, hatte derselbe notariell nichts einzumelden; jedoch konnte er den Wahlaft als solchen nicht anerkennen.

Die Wahl war weder seitens des Aktive-Vorstandes vorher bekannt worden, noch auf die Tagesordnung der fraglichen Versammlung gesetzt worden. Sie wurde vielmehr unter „Verstecktes“ am Ende der Versammlung, als diese schon in der Auflösung begriffen war und ohne Auszahlung der abgegebenen Stimmen vorgenommen.

Aus diesen Gründen konnte der Verbands-Vorstand die Wahl nicht anerkennen und erübrte er deshalb den Berliner Aktive-Vorstand, eine Neuwahl unter Beachtung der üblichen Wahlprozedur und der Auszahlung der Stimmen vornehmen zu lassen.

In der Mitglie der-Versammlung vom 5. Dezember fand die Erstwahl zur Tagesordnung, nachdem die vorher stattgefundene Mitglie der-Versammlung nur mit der Erstwahl nicht beschäftigt konnte, da der Aktive-Vorstand es unterlassen hatte, den Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

Als nun in der Versammlung vom 5. Dezember der Aktive-Vorstand die Kollege Zenzel die Stimmen bei dem Wahlaft auszahlen lassen wollte, erwidert Kollege Schubert das Wort und meinte, daß er das Verlangen des Verbands-Vorstandes auf Stimmentauszahlung für nicht berechtigt finde.

Darauf meldete sich der weite Beamte der Aktive Berlin, Dittmer, zum Wort und bezog sich auf das Verlangen des Verbands-Vorstandes als unzulässig.

Da nach der Ansicht der Unterzeichneten es Dittmer beliebt, fortgesetzt alle Maßnahmen der Verbandsleitung zu diskreditieren und sich überall als der Festerwisser gibt, so sah sich der Verbands-Vorstand veranlaßt, einmal dem Verhalten von Dittmer Sitzung vom 12. Dezember näher zu treten.

Weiter die bezüglichen Verhandlungen innerhalb des Verbands-Vorstandes besagt das Protokoll der Vorstandssitzung folgendes:

„Zur Besprechung steht auf Antrag ein Vorschlag, der sich in der letzten Mitglie der-Versammlung der Aktive Berlin gelegentlich der Wahl eines Mitglieds zum Verbands-Vorstande abspielte. Der Verbands-Vorstand hatte entsprechend den gegebenen Bestimmungen der Geschäftsordnung den Aktive-Vorstand ersucht, die Stimmentauszahlung zurückzugeben. Dieses erwidert wurde vom Kollegen Dittmer in der fraglichen Versammlung als unzulässig bezeichnet. Die in der Versammlung anwesend gewesenen Vorstandsmitglieder erklärten, im Einverständnis zu haben, als ob es dem Kollegen Dittmer nur darauf ankommen sei, den Verbands-Vorstand dadurch machen zu wollen bzw. ihn in dem Ansehen der Versammlung herabzusetzen. Wesentlich sah von dem Vorstandsmitgliedern deshalb auch niemand beabsichtigt haben, so lange das Amt für den Kollegen Dittmer doch als unzulässig bezeichnet werden, da es der klaren Erklärung der Vorstandsmitglieder über unzulässig sei und den Mitglie der kein verteilbares Recht ist.“

Wie bekannt aus den Ton, in welchem Kollege Dittmer dem Verbands-Vorstande seine Erklärung abgab, bedauert der Verbands-Vorstand die Abweisung des Kollegen Dittmer in nachdrücklich als durchaus unzulässig und unannehmlich.

Dieser Protokollauszug wurde der Berliner Aktiveleitung mit folgender Bemerkung am 11. Dezember zugeht:

„Dem Vorstande der Verbandsleitung Berlin übersenden wir

diesen Beschluß zur gefälligen Kenntnisnahme mit dem Ersuchen, dem Kollegen Tittmer hiervon Kenntnis zu geben."

Darauf antwortete der Filial-Vorstand am 27. Dezember folgendes:

„Der Filial-Vorstand hat seinen Anlaß, den Kollegen Tittmer von dem Beschluß des Hauptverbandes Kenntnis zu geben und geht zur Tagesordnung über.“

Da der Filial-Vorstand nicht das Recht hat, Beschlüsse der Verbandsleitung ohne weiteres zu ignorieren, so sieht sich der Verbands-Vorstand, der Konsequenzen halber, nunmehr veranlaßt, seine Stellungnahme in der Sache Tittmer hierdurch zur öffentlichen Kenntnis zu bringen.

Der Verbands-Vorstand.  
J. W. Dr. Poersch.

„Die Gewerkschaft“ erscheint alle 14 Tage freitags und ist durch die Post unter Nr. 3164 der Postzeitungsliste zu beziehen. Der Bezugspreis für das Vierteljahr ist 2 Mk. (ohne Postgeld). - Anzeigen kosten die dreigespaltene Feinzeile 0,40 Mk., bei Wiederholungen billiger. Für Verbands-Filialen und Mitglieder 0,15 Mk. netto

**Berlin IV (Engl. Gasankallen)**

Ihrem Kollegen  
**S. Kieburg**  
die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung.  
Die Kollegen in Nieder-Schönweide.



Die erste Klasse Nähmaschinen, Waschmaschinen, landwirtschaftliche Maschinen auf Wunsch auf Teilzahlung. Anzahl 6-12 Mk. Abzahl 1-2 Mk monatlich. Sehr billige Preise. Man verl. Preisliste Roland-Maschinen-Gesellschaft in Köln, 667, Rolandstr. Nr. 6.



**Quittungs-Marken u. Kautschuk-Stempel**  
für Krankenkassen und Vereine zum quittieren der Beiträge.  
Ge gründet 1879  
**Rollen-Billets** fortlaufende Nummern. Preislisten verfordere umsonst.

**Jean Holze Hamburg**  
Friedbahn 15.

**1 Probemesser umsonst**  
gehört jedem Haus. Ware noch nicht kennt und gewillt ist, bei guter Lieferung von uns zu kaufen. Sendet Sie diese Anzeige (30.) Briefmarken (1 Porto) etc. ein, so erhalte ich Sie ein elegantes Fischermesser.  
Grosse mit 7-punkt Klinge; Heften gepreßt in Alu-oxid, meist reichhaltig. Katalog umsonst und frei.  
**Saam & Co.** Stahlwaren-Fabrik, Fische-Str. Solingen.



**Berlin • Sektion III (Wasserwerke)**  
Sonnabend, den 14. Januar 1905  
**Grosser Berliner Maskenball**  
in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20/21  
Grossartiges Arrangement  
Anfang 8 Uhr Einlasskarte 50 Pf.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
Das Komitee.

**Achtung! Filiale Hamburg. Achtung!**  
**Extra-Mitgliederversammlung**  
am Freitag, den 13. Januar 1905, abends 8 1/2 Uhr, in der „Lessinghalle“.  
Tagesordnung: 1. Anstellung eines Hülfarbeiters.  
2. Verschiedenes.  
Die regelmäßige Mitgliederversammlung im Januar fällt aus!  
Der Vorstand.

**Achtung! Filiale Groß-Berlin Achtung!**  
Sonnabend, den 28. Januar 1905  
**Gr. Wiener Maskenball**  
im großen Saal der „Neuen Welt“, Hajenbaude 108-114  
Die Musik wird von zwei Kapellen ausgeführt  
Um 1 Uhr: Kaffeepaule • Während derselben: Satirisch-komische Vorträge ausgeführt vom Berliner Akt Trio  
Anfang 8 1/2 Uhr • Billets 50 Pfennig  
Jede Maske erhält beim Eintritt ein Los  
Verlosung vor der Demaskierung  
Sierzu ladet ergebenst ein Das Komitee.



Das  
**Inhaltsverzeichnis der „Gewerkschaft“**  
Jahrgang 1904  
wird in den nächsten Tagen zum Verkauf kommen. Wie im vorigen Jahre, so senden wir auch diesmal wieder eine beschränkte Anzahl (ca. 100 Exemplare) an die Filial- bzw. Sektionsverlände. Wir bitten unsere Mitglieder, die ein Inhaltsverzeichnis haben wollen, sich an die Filialverlände zu wenden. An die Post und andere Abnehmer legen wir der nächsten Nummer das Verzeichnis bei. Außerdem bitten wir diejenigen Leser, welche auf die Zusendung reflektieren, aber aus irgend welchen Gründen übersehen worden sein sollten, zu reklamieren.

**„Die Gewerkschaft“**  
gebundene Jahrgänge 1904 mit Inhaltsverzeichnis  
stellen wir wieder zur Verfügung. Unentgeltlich für jede Filial- und Sektionsleitung. Der so handliche und sehr übersichtliche Band der „Gewerkschaft“ ist ein über alle Einzelheiten unserer Bewegung unterrichtendes Jahrbuch und ein Mustergutachten für das Gebiet der kommunalen Arbeiterpolitik.  
Der Preis des kompletten Bandes beträgt 5 Mark erst. Porto.  
Verband gegen Nachnahme.  
Bestellungen an die  
**Expedition der „Gewerkschaft“**  
Berlin W. 57, Gutowstr. 21.



**Totenliste des Verbandes**

**Adam Ochs,**  
**Frankfurt a. M.**

† 11. Dezbr. 1904 im Alter von 49 Jahren

**Gustav Sternberg,**  
**Berlin IV.**

† 10. Dezbr. 1904 im Alter von 34 Jahren  
infolge eines Betriebsunfalles

**Jakob Backof, Fürth i. Bay.**

† 19. Dezbr. 1904 im Alter von 74 Jahren

**Eduard Lanzendorf,**  
**Frankfurt a. M.**

† 21. Dezbr. 1904 im Alter von 45 Jahren

**Ehre ihrem Andenken!**

**Nr. 26 der Gewerkschaft**

vom 23. Dezember 1904 ist hier total vergriffen. Wir bitten diejenigen Filial- bzw. Sektionsvorstände, welche von dieser Nummer Heftausgaben haben, einen Teil davon alsbald einzusenden.

Die Expedition der Gewerkschaft  
Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

**Achtung!**

**Achtung!**

**Filiale Wiesbaden**

Am 8. Januar, vormittags 10 Uhr, findet beim Gesellen Ordo 11, Weibstr. 11 andere

**General - Versammlung**

statt. Vortrag des Kollegen Carl Altvater, Stuttgart. Die weiteren Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat bei Ordo 11 statt.

**Achtung!**

**Achtung!**

**Filiale Magdeburg**

Sonnabend, den 21. Januar 1905  
abends 8 Uhr

**Winter - Vergnügen**

im feilich dekorierten Saale des  
„Drei Kaiserbund“, Gr. Stordstr. 7

bestehend aus Konzert und Ball. Während der stoffreiche humoristische Vorträge und Mittheile. Die Getränke werden von Herrn Otto Niemann ausgeführt.

Programm 15 Pf. Garderobe à Person 10 Pf.  
Gäste sind willkommen.

Es ladet freundlich ein

Das Komitee.

**Allgemeiner Bau-, Spar- und  
Wohnungsverein „Solidarität“,**

C. G. m. b. H.

Anmeldungen, Mitgliederannahmen, Auskunft  
in der Geschäftsstelle

Berlin W. 57, Bülowstr. 21.

Redigirt von Verwaltung des Zeitungs der in Gemende und Zentralkomitee beständigen Arbeiter und Arbeiterinnen Bruno Focke. Verantwortlich: beschriftet y Bürger, beide Berlin W. 57, Bülowstr. 21. — Druck: Reichardt Buchdruckerei und Verlagsgesellschaft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

<b>Filiale Groß-Berlin</b>	<b>General-Versammlung</b>	25. Januar	3. Mai	2. August	1. November
	<b>Filial-Versammlung</b>	22. März	21. Juni	20. September	6. Dezember
<b>Sektion I</b> Zämtl. städtischen Gasanstalten, städt. Kohlenpläne	<b>Gemeins. Sekt.-Vers.</b>	9. Februar	11. Mai	17. August	16. November
	<b>Gemeins. Vertr.-Vers.</b>	19. Januar	20. April	20. Juli	19. Oktober
	<b>Jeder Betrieb für sich</b>	5. Januar	30. März	29. Juni	28. September
<b>Sektion II</b> Manalifation, Niefelfelder	<b>Sektions-Versammlung</b>	4. Februar 19. August	4. März †) 16. Sept. †)	27. Mai 11. November	24. Juni †) 9. Dezember †)
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	7. Januar	29. April	22. Juli	14. Oktober
	<b>B.-V. f. Rieselfelder</b>	22. Januar	16. April	9. Juli	15. Oktober
<b>Sektion III</b> Berl. Wasserwerke Friedrichshagen*)	<b>Sektions-Versammlung</b>	22. Januar 30. Juli	5. März †) 3. Septemb. †)	16. April 22. Oktober	4. Juni †) 3. Dezember †)
	<b>Sektions-Versammlung</b>	29. Januar †) 29. Juli †)	25. März 23. September	29. April †) 28. Oktober †)	24. Juni 9. Dezember
<b>Tegele*)</b>	<b>Sektions-Versammlung</b>	16. Januar †) 10. Juli †)	13. Februar 14. August	3. April †) 2. Oktober †)	8. Mai 20. November
	<b>Vertr.-Versammlung f. Berl. Friedrichshagen Tegele und Westend</b>	13. Januar	14. April	14. Juli	13. Oktober
<b>Sektion IV</b> Englische Gasanstalten	<b>Sektions-Versammlung</b>	9. Januar	10. April	10. Juli	9. Oktober
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	13. März	22. Mai	14. August	13. November
	<b>Betriebs-Versammlung für Gitschinerstrasse</b>	6. Februar 11. September	17. April 16. Oktober	5. Juni 1. Dezember	7. August
	<b>Betriebs-Versammlung für Schöneberg</b>	23. Januar 19. Juni 1. Dezember	20. Februar 24. Juli	20. März 18. September	8. Mai 23. Oktober
	<b>B.-V. f. Wilmersdorf</b>	nach Bedarf			
	<b>Betriebs-Versammlung für Mariendorf</b>	23. Januar 6. November	17. April	19. Juni	18. September
	<b>Betriebs-Versammlung Nied.- u. Ob.-Schönew.</b>	nach Bedarf			
<b>Sektion V</b> Strassenarbeiter	<b>Sektions-Versammlung</b>	15. Januar 17. Juli	13. Februar †) 4. Septemb. †)	17. April 15. Oktober	5. Juni †) 4. Dezember †)
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	5. März	15. Mai	14. August	13. November
<b>Sektion VII</b> Fieb- und Schlachthof	<b>Sektions-Versammlung</b>	20. Januar 21. Juli	17. Februar †) 18. August †)	14. April 29. Oktober	19. Mai †) 17. November †)
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	10. Februar	5. Mai	1. August	1. November
<b>Sektion IX</b> Mehrer Inspektionen	<b>Sektions-Versammlung</b>	20. Januar	19. Mai	18. August	17. November
	<b>V.-V. (beschliessende)</b>	5. Januar	6. April	6. Juli	5. Oktober
	<b>Vertr.-Vers. (zur Beitragsleistung usw.)</b>	2. Februar 3. August	2. März 7. September	4. Mai 2. November	8. Juni 7. Dezember
<b>Sektion X</b> Röhrenfabriken u. öffentl. Bedienst.	<b>Sektions-Versammlung</b>	7. Januar 8. Juli	25. Februar †) 26. August †)	8. April 7. Oktober	27. Mai †) 25. November †)
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	11. Februar	13. Mai	12. August	11. November
<b>Sektion XI</b> Strahlen- und Arrenhäuser	<b>Gemeins. Sekt.-Vers.</b>	1. Februar	26. April	26. Juli	25. Oktober
	<b>Gemeins. Vertr.-Vers.</b>	18. Januar	19. April	19. Juli	18. Oktober
	<b>Jeder Betrieb für sich</b>	29. März	28. Juni	27. September	26. Dezember
<b>Sektion XIII</b> Ladeanstalten	<b>Sektions-Versammlung</b>	5. Februar †) 6. August †)	5. März †) 24. September †)	7. Mai †) 5. November †)	25. Juni 17. Dezember
<b>Sektion XV</b> Fahrtarbeiter, Steinläger	<b>Sektions-Versammlung</b>	11. Januar †) 15. Juli †)	4. März 2. September	22. April †) 14. Oktober †)	3. Juni 2. Dezember
	<b>Vertr.-Versammlung</b>	24. Februar	26. Mai	25. August	24. November
<b>Sektion Lichtenberg</b>	<b>Sektions-Versammlung</b>	18. Januar 19. Juli	8. März †) 6. Septemb. †)	19. April 18. Oktober	7. Juni †) 29. November †)
<b>Sektion Rixdorf</b>	<b>Sektions-Versammlung</b>	12. Januar †) 6. Juli †)	24. Februar 24. August	6. April †) 5. Oktober †)	25. Mai 23. November

\*) Die Sektionen III, Friedrichshagen und Tegele, halten nur gemeinschaftliche Ver-  
trauensmännerversammlungen ab.

†) Die mit diesem Zeichen versehenen Versammlungen gelten als Betriebsversammlungen.